

Innenpolitische Situation
Demos und Lichterketten

Verbote faschistischer
Organisationen

FAP-Bundesgeschäftsstelle

Edelweißpiraten

Morde an FreundInnen und
GenossInnen

Zur Organisation von
Antifa-Gruppen

Berichte aus der BRD
und dem Ausland

Antifaschistisches INFO 21

März/April 1993

4,- DM

BLATT



ROSEN AUF DEN WEG GESTREUT

*Ihr müßt sie lieb und nett behandeln,
erschreckt sie nicht – sie sind so zart!
Ihr müßt mit Palmen sie umwandeln,
getreulich ihrer Eigenart!
Pfeift euerm Hunde, wenn er kläfft –:
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trifft!*

*Wenn sie in ihren Sälen hetzen,
sagt: »Ja und Amen – schlagt mich in
Fetzen!«*

*Und prügeln sie, so lobt den Herrn.
Denn prügeln ist doch ihr Geschäft!
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trifft!*

*Und schießen sie –: du lieber Himmel,
schätzt Ihr das Leben so hoch ein?
Das ist ein Pazifisten-Fimmel!
Wer möchte nicht gern Opfer sein?
Nennt sie: die süßen Schnuckerchen,
gebt ihnen Bonbons und Zuckerchen. . .
Und verspürt ihr auch
in Eurem Bauch
den Hitler-Dolch, tief bis zum Heft –:
Küßt die Faschisten, küßt die Faschisten,
küßt die Faschisten, wo ihr sie trifft –!*

Kurt Tucholsky, 1931



Antifaschistisches Infoblatt

Nr. 21, März/April 1993
V.i.S.d.P. und Kontaktadresse
L. Meyer
Gneisenaustraße 2a
W-1000 Berlin 61

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zu-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Aus dem Inhalt

Asyl- und Außenpolitik (Aus der Süddeutschen Zeitung)	5
Über 300.000 Gegen eine Änderung des §16 8. November 1992 in Berlin	6
Jugendarbeit mit Rechten – Rechte Jugendarbeit?	11
Zur Diskussion: Rechtsradikalismus als »Sozialfall«	19
Hintergrund Faschistischer Organisation Verbote gegen Neonazi-Parteien	22
FAP-Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek	29
Kurzmeldungen	32
Antifaschistischer Widerstand in Königs-Wusterhausen	36*
AntifaschistInnen werden aktiv	40
Die Edelweiß-Piraten	42
Zum Mord an Silvio	44
Thymi in Leipzig erschossen	49
Paketbombe in Freiburg tötete Kerstin	50
LeserInnen schreiben ans INFO	51
Zeitungen, Broschüren, Bücher	52
Zur Organisation von Antifa-Gruppen	53

Das Antifa-Info im Abonnement

Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonnement zu beziehen. Dies geht folgendermaßen: Ihr schreibt uns, ab welcher Ausgabe Ihr das Info beziehen wollt und an welche Adresse die Hefte gehen sollen. Dazu könnt Ihr den Bestellvordruck auf der Rückseite verwenden. Wenn Ihr uns den schickt und die passende Knete gleich in den Briefumschlag steckt, kann eigentlich nichts mehr schiefgehen.

Ist Euch das mit dem Bargeld zu unsicher, legt einen Scheck bei. Solltet Ihr das Geld lieber überweisen wollen, so ist auch das kein Problem: Wir teilen Euch auf Anfrage mit, wohin die Knete überwiesen werden kann. Wenn Ihr das Geld überweist, unbedingt die Versandadresse mit angeben. Noch

eins: Wir schicken nur noch Abos raus, wenn sie bezahlt sind – also Cash im Voraus.

Ein Einzelabo umfaßt fünf Ausgaben und kostet 30,- DM. Die Versandkosten sind darin bereits enthalten. Die Abos werden nicht automatisch verlängert. Über Förderabos für 40,- DM oder mehr freuen wir uns riesig. Ihr unterstützt damit die Antifa-Arbeit und das Erscheinen des Infos.

Für Menschen, die mehr als fünf Exemplare pro Nummer bestellen, für WeiterverkäuferInnen, Info- und Buchläden gibt es bessere Konditionen, also Rabatt: Ab fünf Exemplaren kostet die Nummer 4,- DM (incl. Porto), ab zehn Nummern nur noch 3,20 DM, plus Versandkosten.

* Korrektur S.37: Steven Jones ist nicht Herausgeber von "ProiSens Gloria"

8. 11. 92: Absage an die Heuchler

Am Beginn der Massenaktionen, die bis heute anhalten, stand die Demonstration am 8. November in Berlin. Die Absicht der Politiker von CDU bis SPD die Demo zu einer staatstragenden Aktion zu machen, hatte sich nicht erfüllt. Stattdessen: Eier auf Weizensäcker, Pfiffe für Kohl und Co. und die breit getragene Ablehnung der Pläne zur Änderung des Asylrechts.

Die verschmähten Politiker zogen daraus die Konsequenzen. Ihre Devise lautet seitdem, die Proteste in ungefährliche Bahnen lenken, zu entpolitisieren und ins Leere laufen lassen. Gleichzeitig werden scheinbar verstärkte Aktivitäten des Staates gegen Rechts vorgetäuscht.

Die Presse und die Parteipolitiker überbieten sich nach den großen Demonstrationen in Selbstgefälligkeit und Beruhigung. Bonn sei eben nicht Weimar, die BRD unterscheide sich dadurch von der ersten deutschen Republik, daß es heute mehr Demokraten gäbe, die auch bereit seien, die Demokratie zu verteidigen etc. Ist also Entwarnung angebracht, wurde der Anstieg der »braunen Flut« gestoppt? Glaubt mensch den Meldungen in der Presse und den offiziellen Verlautbarungen wäre die Frage zu bejahen. Die augenblickliche Stimmung scheint dies zu bestätigen. Ausgeblendet blieben allerdings Hintergründe und Ursachen, als auch die weitere Entwicklung und die Politik der etablierten Parteien.

Der 30. Januar 1933

Wie oberflächlich die bürgerlichen Politiker und die Presse an die gesell-

schaftlichen Fragen herangehen, machten ihre Kommentare zum 50. Jahrestag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler (30. Januar 1933) deutlich. Fast durchweg begnügten sie sich damit, das Ende der Weimarer Republik als Machtergreifung Hitlers zu betiteln. Schon die Wortwahl ist kennzeichnend und blendet die Vorgeschichte aus.

Die Macht lag im Januar 1933 und in den Jahren davor nicht auf der Straße, um am 30. Januar von der falschen Person ergriffen zu werden. Vorausgegangen war eine Entwicklung, in der die bürgerlichen Parteien in den Jahren der Weltwirtschaftskrise ab 1929 abbauten, was an sozialen Errungenschaften und politischen Rechten von den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung erkämpft worden war. Vorangegangen war das schrittweise Zurückweichen der Gewerkschaften gegenüber den Angriffen der Unternehmerverbände und der Regierung. Vorangegangen war die Anpassung der Sozialdemokratie an die vermeintlichen Notwendigkeiten, das Mittragen des Sozialabbaus, die Tolerierung von Sondergesetzen und diktatorischen Notverordnungen.

Im Januar 1933 war bereits ein erheblicher Teil der bürgerlichen Demokraten zu den Nazis übergelaufen oder bereit, mit ihnen zu paktieren. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, statt Widerstand zu leisten, hofften durch Taktiererei und Anpassung ihr politisches Überleben sichern zu können. Ende Februar rief der ADGB (Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund) seine Mitglieder auf, den 1. Mai 1933 zusammen mit den Nazis als »Feiertag der Arbeit« zu begehen. Am 2. Mai

wurden die Gewerkschaften verboten, ihre Häuser durch die SA gestürmt.

Mit Entwarnungen und Verharmlosungen hatten die bürgerlichen Kräfte der Weimarer Republik in den Jahren vor 1933 sich selbst und die Masse der Bevölkerung getäuscht. Jeder Stimmenrückgang der NSDAP bei den Wahlen, jeder Streit in ihren Reihen wurde als Ende des faschistischen Aufschwungs, als Niedergang der nationalsozialistischen Bewegung gewertet.

Januar 1993

Wir wollen hier nicht die Entwicklung von 1933 mit der von 1993 gleichsetzen. Aber was wir aus der Geschichte lernen können, ist, wie verhängnisvoll es sich auswirken muß, wenn wir nur oberflächlich, von Augenblicksstimmungen ausgehen. Auch heute haben wir keinen Grund, die rechtsradikale, reaktionäre Gefahr für überwunden zu halten.

Zwar hat sich die politische Stimmung zuungunsten der Nazis verschoben; diese Stimmungsverschiebung deckt sich aber noch lange nicht mit einer Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, zwischen den sozialen und politischen Gruppen und Bewegungen in der Gesellschaft. Zwar haben Hunderttausende in den letzten Monaten deutlich gemacht, daß sie den braunen Terror ablehnen. Sind ihre Kerzen erloschen kehrt der überwiegende Teil von ihnen nach Hause zurück und überläßt die Entscheidungen weiterhin allein den gewählten Volksvertretern. Eine eigenständige Kraft, die in die gesellschaftliche Auseinandersetzung eingreifen könnte, stellen

Abobestellung

An das Antifa-Info
Gneisenaustraße 2a, W-1000 Berlin 61

Ich möchte das Antifa-Infoblatt im Abonnement für fünf Ausgaben zu DM 30,- (incl. Versandkosten) beziehen. Das Abonnement verlängert sich nicht automatisch.

Bitte sendet mir ab Ausgabe Nr. die weiteren fünf folgenden Ausgaben an die Adresse:

Den Betrag von DM habe ich bar/als Scheck beigelegt.

Für ein Förderaabo bekommt Ihr DM .

Bitte schickt mir folgende alte Ausgabe[n] (DM 5,- incl. Versandkosten pro Ausgabe ab Nr. 13; für ausgegangene Nummern Kopierkosten plus Versand). Index und Preise erhaltet Ihr auf Anfrage.

Den Betrag von DM habe ich bar/als Scheck beigelegt/will ich überweisen.

8. November 1992 in Berlin:

Über 300.000 gegen eine Änderung des §16

Mit 350.000 Teilnehmern – so die offiziellen Zahlen der Polizei und der Veranstalter – fand in Berlin die größte Demonstration seit der Wende in der DDR statt. Aufgerufen hatten alle im Parlament vertretenen Parteien – mit Ausnahme der CSU – Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Kirchen und Sportvereine etc. Was von den Initiatoren gedacht war als »Demonstration des guten Deutschland« vor allem gegenüber dem Ausland, als Medienereignis, live übertragen und ausgestrahlt in die halbe Welt, geriet zum Debakel. Das lag nicht in erster Linie an den Eierwürfen auf den Bundespräsidenten und an der Störung seiner Ansprache, sondern am Verlauf der Demonstration und dem Inhalt, dem die über 300.000 Teilnehmer ihr verliehen. Doch dazu später.

Die »Einheit der Demokraten« macht mobil

Es war schon eine merkwürdige Koalition höchst unterschiedlicher und gegensätzlicher Parteien und Organisationen, die sich zu einer gemeinsamen Demonstration zusammengefunden hatte. Was bewog die Parteispitzen von CDU und SPD, Landesregierungen, Lokalpolitiker und Bürgermeister, die nichts unversucht gelassen hatten, um aus der ausländerfeindlichen Stimmung politisch Kapital zu schlagen und die sie weiter schüren, gemeinsam mit Kirchen, Gewerkschaften, den Grünen oder der PDS zu einer Demonstration aufzurufen?

In den letzten Monaten – verstärkt seit den Pogromen von Rostock – nahm die Kritik an der bundesrepublikanischen Entwicklung, an der Haltung des Staates und der Parteien im westlichen Ausland zu. Der einstige kapitalistische Musterknabe, was seine innere Stabilität und die außenpolitische Verlässlichkeit betrifft, ist ins Zwielicht geraten. Das Bild des »häßlichen Deutschen«, die »Geister der Vergangenheit« wurden wieder lebendig. Besorgt fragten sich Kommentatoren in

Brüssel, Paris, London oder Washington, ob die Bonner Parteien überhaupt willens und in der Lage sind, der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit und einem verstärkten Nationalismus entgegenzutreten. Bundesrepublikanische Politiker wurden auf ihren Reisen immer häufiger auf die Zustände in ihrer Heimat angesprochen. Ausländische Vertretungen und Unternehmen machen sich Gedanken, ob denn die Sicherheit ihrer Repräsentanten in der BRD, vor allem in den neuen Ländern, noch gewährleistet sei.

Immer wieder hatten in den letzten beiden Jahren Kreise aus Unternehmerverbänden und der deutschen Industrie darauf hingewiesen, wie notwendig die Wirtschaft ausländische Arbeitskräfte brauche und welchen Beitrag diese für die Sozialversicherungen leisten. Eine gezielte und gesteuerte Einwanderungspolitik statt des Anhängens an »irrationale Emotionen und Ängste«, fordern sie von den Politikern ein. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen sollen das internationale Ansehen der BRD nicht in Frage stellen, sie dürfen die Geschäftsbeziehungen der exportorientierten Industrie nicht beeinträchtigen.

Die Regierungsparteien, die Führung der SPD wollten mit der geplanten Demonstration »der guten Deutschen« am 8. November das ramponierte Image der BRD im Ausland wieder aufpolieren. Die kontroversen Fragen der innenpolitischen Debatte sollten ausgeklammert bleiben; sie durften nicht zur Sprache kommen. So einigten sich die Initiatoren auf die so allgemeine wie unverbindliche Parole »die Würde des Menschen ist unantastbar« (Grundgesetz, Artikel 1) und den Bundespräsidenten als Redner. Mit seinem Image im In- und Ausland, als liberaler, menschlicher und verständnisvoller Politiker, hatte er die Aufgabe mit schönen Worten um die wirklichen Probleme herumzureden. Vor ihm sollte eine Quedlinburger Bürgerin auftreten. Sie hatte gemeinsam mit anderen eine Mahnwache gegen Angriffe auf das dortige Asylbewerberheim organisiert. Ihr Redebeitrag wurde verlesen, weil sie nicht bereit war auf der Kundgebung zu sprechen.

Die Absage der CSU

Ein kleiner Schönheitsfehler bei der geplanten »Manifestation der Demokraten« war die Absage der bayrischen



Landesregierung und der CSU. Ihr Vorwurf, gerichtet vor allem an die Bonner Koalitionspartner: Aufgabe der Regierung sei es zu regieren und nicht zu demonstrieren. Die geplante Kundgebung sei nichts anderes als ein Ausdruck der Hilflosigkeit. Außerdem wolle man nicht mit jenen demonstrieren, die eine Änderung des Asylrechts verzögerten oder verhinderten und somit zu den Problemen beitragen würden. Diese Kritik traf einen richtigen Kern, was sich am 8. November zeigen sollte.

Die Absage der CSU und der Landesregierung aus Bayern hat mehrere Gründe:

- Die CSU steht als bayrische Partei nicht unter so einem direkten Druck, sich vor der internationalen Öffentlichkeit rechtfertigen zu müssen, wie ihre Bonner Koalitionspartner.

- Sie fürchtet die Konkurrenz der Republikaner bei den Wahlen stärker als die CDU; ihre bundespolitische Bedeutung steht auf dem Spiel, sollte sich die rechte Konkurrenz bundesweit etablieren.

- Die CSU wollte und konnte ihren Mitgliedern und Anhängern den »Spagat« nicht zumuten: auf der einen Seite das Thema Asyl zur entscheidenden innenpolitischen Frage aufzubahen, die Flüchtlinge als »Schmarotzer« und »Wirtschaftsasyllanten« zu diffamieren und auf der anderen Seite für deren Menschenwürde zu demonstrieren.

Diesen Widerspruch bekamen die Führungen der anderen staatstragenden Parteien dann auf der Demonstration deutlich vor Augen geführt.

Die Vorbereitung der Demo

Noch wenige Tage vor dem 8. November waren sich die Bonner Parteien unsicher, wieviele Menschen ihrem Aufruf folgen werden, ob es ihnen gelingen wird, ihre Parteibasis zu motivieren. Von 50.000 erwarteten Teilnehmern wurde gesprochen, am 7.

November diese Schätzung auf 80.000 nach oben korrigiert. Tagelang gab es in der Stadt keine Nachrichtensendung, keine Lokalberichterstattung, keine Zeitung, in der nicht die BerlinerrInnen zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen wurden. Die mangelnde Mobilisierungsfähigkeit der etablierten Parteien sollte durch die Werbung der Medien ausgeglichen werden. Das gelang, jedoch nicht mit dem beabsichtigten Resultat.

Ob in Schulen, Universitäten, sozialen Einrichtungen, Betrieben und Kneipen, die Demonstration wurde zum Stadtgespräch. Es blieb nicht mehr die private Entscheidung der Einzelnen, ob sie daran teilnehmen. Sie mußten sich unter KollegInnen und FreundInnen öffentlich erklären, das Für und Wider gemeinsam abwägen.

Bei vielen Menschen, die z.T. auch die Aktivitäten gegen den Golf-Krieg mitgetragen hatten, war in den letzten Monaten das Gefühl gewachsen, von der Entwicklung überrollt zu werden: von den täglichen Meldungen über Angriffe auf Flüchtlingsheime und Schändungen jüdischer Friedhöfe, von dem Marsch der Parteien nach rechts, ihrer mangelnden Bereitschaft dagegen ernsthaft vorzugehen, von dem gesellschaftspolitischen Klima, welches Minderheiten wieder einmal zu Sündenböcken macht, für eine Entwicklung, die sie nicht zu verantworten haben. Die Demonstration bot die Möglichkeit, sich öffentlich zu artikulieren, die eigene Sprach- und Hilflosigkeit wenigstens für einen Tag zu überwinden. Das gab letztendlich den Ausschlag für die Entscheidung zur Teilnahme. Fragen und Zweifel ob man/frau denn mit Kohl und Möllemann, Engholm und Lafontaine gemeinsam demonstrieren könne, traten demgegenüber in den Hintergrund.

In Schulen und Universitäten, auf Ämtern und in sozialen Einrichtungen,

in Betrieben und auf gewerkschaftlichen Treffen, in vielen Fällen beschlossen Kollegen, Freunde und Bekannte gemeinsam zur Demonstration zu gehen. Ausländische Einrichtungen, Kulturvereine und Organisationen, die sich bisher aus den politischen Auseinandersetzungen in der BRD herausgehalten hatten, riefen zur Teilnahme auf. Auch die Oppositionsparteien (AL und PDS) und die Reste der verbliebenen Linken beschlossen, sich am 8. November zu beteiligen. Sie hatten schon für den 4.11. zu einer Demonstration aufgerufen, für all jene, die nicht gemeinsam mit Kohl marschieren wollten. 20.000 Menschen hatten daran teilgenommen, der größte Teil von ihnen ging auch vier Tage später wieder auf die Straße. Die AL hatte für den 8. November 2.000 Plakate mit der Forderung nach Erhalt des §16 drucken lassen; Kreise aus der »autonomen Szene« planten durch die Störung der offiziellen Reden auf die Heuchelei der Politiker aufmerksam zu machen.

Demonstration gegen die Asylpolitik der Bundesregierung

Die große Zahl von Demonstranten, die sich am 8. November versammelten, übertraf die Erwartungen der Politiker, warf alle Pläne über den Haufen. Weit über 200.000 Menschen hatten sich in überfüllten U-Bahnen und Bussen, z.T. in längeren Fußmärschen - die Verkehrsbetriebe waren überlastet und überfordert - auf den Weg zum Wittenbergplatz gemacht, dem westlichen Treffpunkt. Ein bunter Querschnitt durch die Westberliner Bevölkerung, darunter besonders viele ausländische Familien hatten sich hier gesammelt. Die 2.000 Plakate der Alternativen Liste fanden reißenden Absatz, viele selbstgemalte Transparente, auf denen der Erhalt des §16 gefordert, die Heuchelei der Politiker angeprangert wurde, auf denen Taten und keine leeren



"Wer die Interessen der Bundesrepublik gefährdet..."

Das AusländerInnen- Gesetz

Aus dem Inhalt:

Das neue AusländerInnen-
gesetz: Aufenthaltsstatus,
Ausweisungstatbestände,
Verbot der polit. Betätigung;
das Ausländerzentral-
register; Ausländerrecht im
Kapitalismus, 36 Seiten A4,
Einzelpreis: 3,- DM,
ab 5 Ex. 25%
Bestellungen an:
Rote Hilfe Literaturvertrieb
Postfach 6444
2300 Kiel 14

Totgesagte leben länger...

**Materialien zur
Sicherungsverwahrung
mit einem Erfahrungs-
bericht des Gefangenen
Claus Goldenbaum
erschienen**

im Kamalatta-Verlag, Kiel
Inhalt:

R. Schäfer-Eickermann:
"Was ist und wie funktioniert
Sicherungsverfahren?",
Klaus Rüther: "Strafen um
jeden Preis", Claus Golden-
baum: "Du kommst nicht
mehr als Mensch zurück" -
ein Erfahrungsbericht,
Sicherungsverwahrung: Die
Roßkur der Sozialhygiene
112 Seiten A5,
Preis: 12,- DM,
ab 5 Ex. 30 %
Bestellungen an:
Rote Hilfe Literaturvertrieb
Postfach 6444
2300 Kiel 14

1 des Grundgesetzes zur Demonstration zu gehen und unterdessen den Artikel 16 zur Disposition zu stellen. Nur weil so viele Bürger der Meinung waren, zur Menschenwürde gehöre auch der unverkürzte Schutz des Asylrechts, kamen weitaus mehr Teilnehmer zusammen, als selbst Optimisten erwartet hatten. Insofern war es auch eine Demonstration in der Demonstration, ein Protest gegen die allzu bescheidene Zielsetzung der politischen Veranstalter.« (Zeit, 13.11.92)

»Der Feind steht links«

Der Schreck über den unerwarteten Verlauf der Demonstration schien den Veranstalter in die Glieder gefahren zu sein. Hysterisch, fast panisch reagierten Politiker und Medienberichterstatter nach den Eierwürfen auf den Bundespräsidenten. 350 Krawallmacher hätten das gute Anliegen von 350.000 Teilnehmern zunichte gemacht. Nachdem sich die erste Aufregung gelegt hatte und die politische Prominenz merkte, welch ein Armutszeugnis sie sich durch eine derartige Darstellung selbst ausstellte, versuchte sie, die Demonstration für sich in Beschlag zu nehmen. Die Kundgebung sei insgesamt ein Erfolg gewesen, hieß es nun, Hunderttausende wären für diesen Staat auf die Straße gegangen. Die Störung durch eine handvoll linker Chaoten sei nur eine Randerscheinung. Durch Kritik an der Einsatzplanung der Polizei – sie hätte das verhindern müssen – und an der Berichterstattung durch den »Sender Freies Berlin« – sie habe die Störer unnötig aufgewertet –

sollte von dem politischen Debakel für CDU und SPD abgelenkt werden. Die Frage, wieso denn hunderttausende sich von einer kleinen Gruppe ihre Kundgebung kaputt machen lassen, wieso es den Parteien nicht gelang, wenigstens vor der Rednertribüne ihre Anhänger aufmarschieren zu lassen, wurde von kaum einem Journalisten oder Politiker gestellt.

Der Feind steht, wie gewohnt, wieder links. Von dem eigentlichen Anlaß für die Demonstration war keine Rede mehr. Die Parteispitzen konnten nach den Ereignissen am 8. November wieder zur Tagesordnung übergehen. Die Debatte über eine Änderung des §16 lief in gewohnten Bahnen weiter: Die SPD-Führung bereitete sich auf den Parteitag vor, auf dem sie den innerparteilich umstrittenen Kurswechsel in der Asylpolitik absegnen ließ, CDU und CSU machten weiter Druck auf die Sozialdemokratie, deren Bereitschaft zur Änderung des Asylrechts ihnen nicht weit genug ging.

Daß die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer die Vereinnahmung ihrer Demonstration nicht so einfach schlucken wollte, wurde am folgenden Tag deutlich. In einer Lokalsendung des SFB, in der die Hörer durch Anrufe ihre persönlichen Erfahrungen vom 8. November schildern und ihre Meinung darlegen konnten, sprachen sich alle Anrufer gegen die Verfälschung durch die Medien und die Politiker aus und hoben ihr eigenes Anliegen noch einmal hervor.

Bundeskanzler Kohl am 8. November 1992 in Berlin





Die Pogrome und Übergriffe der letzten Jahre werden belohnt durch zielgruppenorientierte Jugendarbeit. Mit Bestechungsmitteln wird versucht, die rassistischen Randalierer, die Jugend überhaupt, in die saubere deutsche Gesellschaft zurückzuholen. Als Antwort auf Rassismus werden Sozialpädagogische Projekte ausgearbeitet.

Versteckt hinter einigen Projekten gelingt es Kadern der faschistischen Organisationen, ihr Fußvolk zu sammeln. »Autonome« Gruppen von Rechtsextremen richten selbstverwaltete Jugendzentren ein.

Mit dem folgenden Beitrag wollen wir einige Tendenzen in der gegenwärtigen Jugendpolitik beschreiben und kritisieren. Ein Schwerpunkt liegt bei Projekten, in denen Faschisten aktiv und einflußreich sind. Da einige dieser Projekte von Bonn aus finanziert werden, wollen wir uns das entsprechende Programm genauer anschauen. Informationen zum Lichtenberger »Auer-Club« findet ihr auch im Artikel zum Mord an Silvio Meier.

Der anschließende Diskussionsbeitrag ist noch viel zu wenig diskutiert. Die Diskussion über rechte Jugendarbeit, besonders aber über linke Alternativen dazu, muß verstärkt geführt werden. Dazu wollen wir beitragen.

Rechte Tendenzen in Jugendclubs und faschistische Jugendarbeit werden uns bei Gelegenheit auch in Zukunft beschäftigen.

Das »Aktionsprogramm gegen Agression und Gewalt«

Zur Vorgeschichte – Jugendarbeit mit Rechten, Westberlin in den 80ern

Im allgemeinen wird behauptet, Sozialarbeit mit »rechten« Jugendlichen sei ein völlig neues Arbeitsgebiet. Daher gebe es auch keine Erfahrungen, auf die zurückgegriffen werden könne.

Bereits in den 80er Jahren gab es allerdings mindestens zwei Projekte mit rechten Jugendlichen. Diese Projekte waren von der Evangelischen Kirche oder wurden von ihr unterstützt. Eins war in Spandau, daß andere in Lichtenrade. In Lichtenrade wurde ein Streetworker vom Bezirksamt Tempelhof eingestellt, nachdem es in Lichtenrade, was zu Tempelhof gehört, öfter zu Auseinandersetzungen mit Skinheads und rechten Jugendlichen kam. Der

Streetworker nutzte die Räume der Gemeinde Lichtenrade und mußte sich so mit den hauptamtlichen und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der Kirche über seine Arbeit kritisch auseinandersetzen.

Um eine Zusammenarbeit zu ermöglichen und ein gemeinsames Ziel zu verfolgen, fanden diese Auseinandersetzungen regelmäßig statt.

Die Jugendlichen des Projekts sagten sich teilweise von organisierten Rechten und rechten Parteien los. Sie versuchten sogar zu verhindern, daß Rechte an ihren Feten teilnahmen. Dieses Projekt wurde als erfolgreich einge-

schätzt. Da die Stelle des Streetworkers nach zwei Jahren gestrichen wurde, gehen wir davon aus, daß der Senat Befriedigungspolitik betreibt.

Außerdem kann festgehalten werden, daß zu dieser Zeit der Schwerpunkt auf antifaschistischer und antirassistischer Arbeit lag. Es fanden damals Gedenkstättenfahrten statt und Seminare, wo z.B. über solche Projekte berichtet wurde. Bei solch einem Seminar berichtete eine Sozialarbeiterin aus Spandau, daß es damals schon Schwierigkeiten mit organisierten Faschisten gab, die versuchten, in den Projekten Jugendliche für sich zu gewinnen. Bekannte Faschisten wurden rausgesetzt,

aber es gab genügend Organisierte, die nicht so leicht zu erkennen waren. So konnten dort Anwerbeversuche und Propaganda nicht immer vermieden werden. Jugendeinrichtungen dürfen und sollen kein Überwachungsapparat sein. Wenn aber festzustellen ist, daß Propaganda für Rechte gemacht wird, muß eine Auseinandersetzung mit den Jugendlichen und SozialarbeiterInnen stattfinden.

Zerschlagung und Abwicklung der DDR-Jugendpolitik

Wir wollen hier nur kurz die Voraussetzungen schildern, die mit der Abwicklung der DDR zur derzeitigen jugendpolitischen Krise in den neuen Ländern geführt haben.

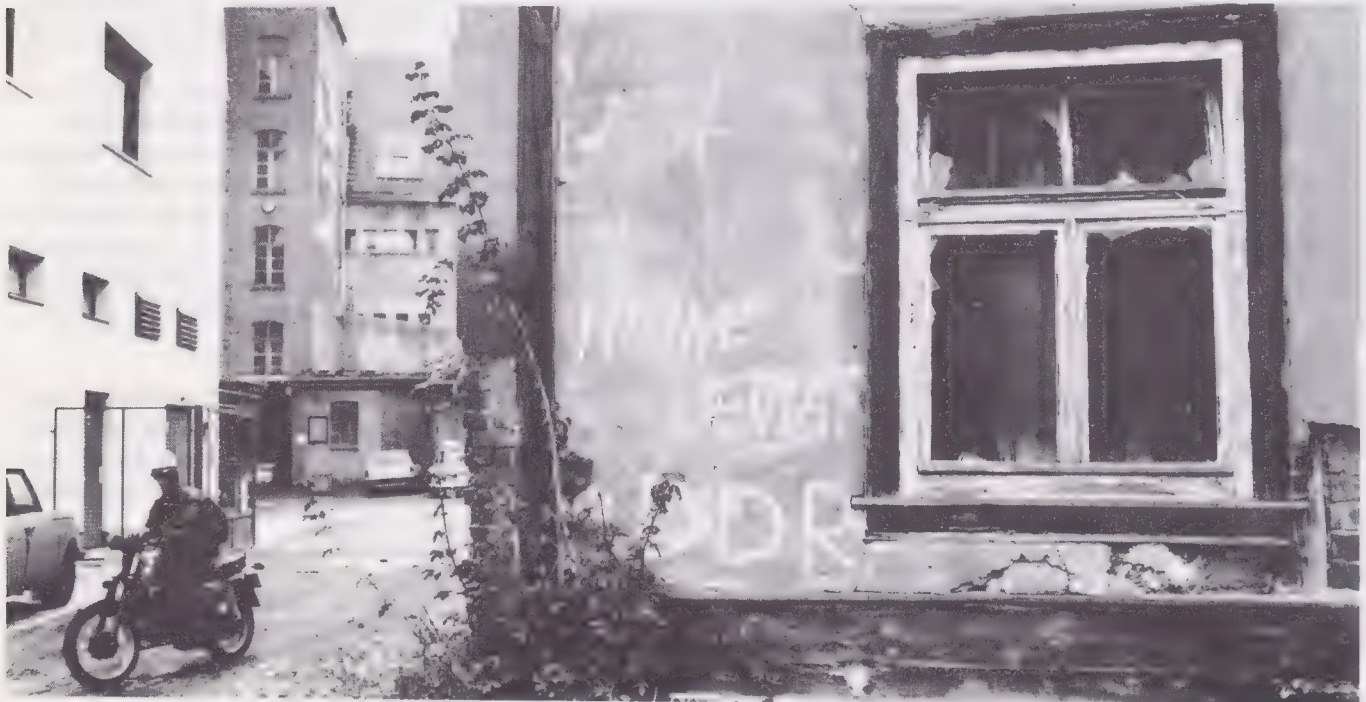
weitgehend, ohne sie durch neue zu ersetzen. Der Zerfall der FDJ, die Abwicklung der Betriebe, Rücküberweisungen und Geldmangel, Kündigungen etc. führten zu einem regelrechten Vakuum an Jugendpolitik. Unter anderem wurden Clubs, Jugendzentren und Einrichtungen der offenen Jugendarbeit geschlossen.

An ihre Stelle traten völlig konsumorientierte Angebote, die nur dem Profit des Betreibers dienen: Video- und Sexshops, Kneipen, große Disco-Veranstaltungen etc.

Die Linke versäumte alle Chancen, die sich aus diesem Zustand für die Entwicklung linker Strukturen ergaben.

Vor allem wird angenommen, es würden im Prinzip nur Nazi-Projekte gefördert. Wir wollen uns daher etwas ausführlicher mit dem Programm beschäftigen, Gerüchte aus der Welt schaffen, aber auch die zentralen Probleme und Fehler zeigen.

Von einem 20 Mio.-DM-Aktionsprogramm sprach Ministerin Merkel zum ersten Mal im Rahmen der Aussprachen des Bundestages zum Pogrom von Hoyerswerda am 10.10.1991. Seit Frühjahr 1991 gab es im BMFJ Beratungen zum Problem der »Jugendgewalt«. Die konkreten Planungsschritte erfolgten in dem Zeitraum unmittelbar nach dem Pogrom. Im Dezember wurde das Programm der Presse vorgestellt.



Die Jugendpolitik der DDR wurde vor allem von der FDJ getragen. Diese hatte ein breites Angebot bis in entlegenste ländliche Regionen aufgebaut. Gerade aber von oppositionellen und rebellischen Jugendlichen wurde dieses Angebot nicht genutzt. In den sozialdiakonischen Einrichtungen der Kirchen konnten sie z.T. Freiräume entwickeln. Wir können hier keine umfangreiche Kritik der DDR-Jugendpolitik geben. Wir sehen allerdings auch einen Zusammenhang zwischen den rechten Einstellungen vieler ostdeutscher Jugendlicher und der autoritären und militaristischen Politik, die in der DDR propagiert wurde.

Nach dem Zusammenbruch der DDR bestand Jugendpolitik zunächst in der Zerschlagung der alten Strukturen,

Stattdessen entwickelte sich unter dem Einfluß faschistischer Organisationen und um die Auftritte von Bands aus dem faschistischen »Blood & Honour«-Netzwerk eine echte rechtsextreme Jugendbewegung, die stetig an Breite gewinnt. Rechte Jugendliche dominieren heute viele Jugendzentren. Projekte, in denen es ihnen nicht gelingt sich breit zu machen, versuchen sie durch Angriffe kaputt zu machen.

1991 wurde auch Bundesjugendministerin Merkel darauf aufmerksam, daß Jugendpolitik nicht nur in Kahlschlag bestehen kann. Das Bundesministerium für Frauen und Jugend (BMFJ) ließ sich das »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt«, auch AgAG genannt, einfallen. Um das Programm bestehen etliche Gerüchte.

Zur Zielsetzung des Programms: »Die Jugendlichen von der Straße holen«

»... die Erfahrungen in Hoyerswerda zeigen, daß fast alle Kinder und Jugendlichen mit extremen Äußerungen und Erscheinungsweisen weder organisierte, noch in ihrem Verhalten verfestigte Rechtsextremisten sind. Versatzstücke des Rechtsextremismus werden vielfach als Provokation verwendet – um also die Aufmerksamkeit anderer, der Öffentlichkeit, auf sich zu ziehen; weil man sich vernachlässigt, unverstanden, ausgeschlossen fühlt. In dieser Provokation steckt in vielen Fällen ein verborgener Hilferuf an die Mitmenschen, sich um die jungen Leute zu kümmern, ihnen bessere Zukunftschancen bereitzustellen und sinnvolle

Betätigungsfelder zu eröffnen. Die Gesellschaft kann diese Jugendlichen zurückgewinnen, wenn sie diesen Hilferuf hört und aufnimmt.«

Diese Worte von Ministerin Merkel können als Grundlage des Programmes gelten.

Als Ziel des Programmes wird formuliert: »... die jungen Leute 'von der Straße zu holen'. [Konzertierte Aktion Bundesjugendplan – KABI Heft 7 (zum Aktionsprogramm), 7.7] Diese Zielvorgabe ist unglaublich inhaltsleer.

Im wesentlichen besteht das Programm in der gezielten Förderung von 144 zielgruppenorientierten Einzelprojekten in 30 ausgewählten Brennpunktregionen. Dazu kommt eine umfangreiche und kostspielige Beratungs-, Dokumentations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Fortbildungsangebote.

Die Gelder sind den Ländern zugewiesen, das BMFJ hat sich ein Einspruchsrecht vorbehalten. Verschiedene Stellen im Rahmen des Programmes laufen als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM).

Kein Geld für Opfer: Zielgruppenorientierung auf »gewaltbereite u. gewaltgefährdete Jugendliche«

Zu einem der am meisten verbreiteten aber dennoch falschen Gerüchte über das Aktionsprogramm gehört die Vermutung, das Programm würde fast ausschließlich faschistische Projekte fördern.

Im Rahmen des Aktionsprogrammes werden mit Sicherheit 6 Projekte gefördert, die mindestens zeitweise direkt faschistischen Strukturen genutzt haben. Zu diesen Projekten später mehr.

Im Übrigen fließen die 20 Mio. DM in unterschiedliche Projekte, von denen einzelne echte linke Ansätze haben. Andere liegen im Bereich betreuten Wohnens, Streetwork, in Jugendreisen und Kulturangeboten, schließlich in Projekten für jugendliche Straftäter.

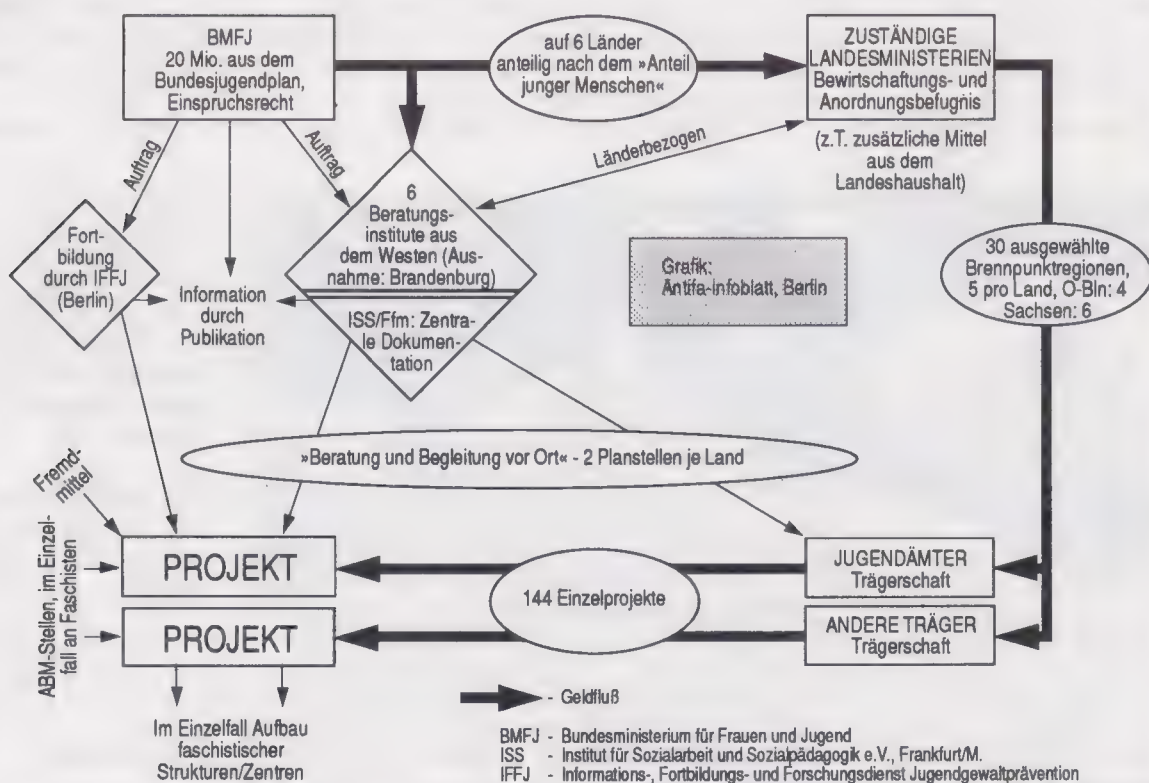
Mehr als 30 der geförderten Projekte arbeiten mit rechten Gruppen. Das finden wir nicht prinzipiell verkehrt, wir kritisieren aber die oft unklaren Konzepte. Auch die übrigen richten sich

schwerpunktmäßig an Gruppen von deutschen Jugendlichen. Wir haben dagegen genau 11 Projekte gezählt, die erklärtermaßen »AusländerInnen« in ihre Arbeit einbeziehen wollen. Fünf Projekte machen Mädchenarbeit. Nicht eines wendet sich an jugendliche Flüchtlinge. Genauso wenig zielt die Gewaltprävention im Sinne des Aktionsprogrammes auf Integration sogenannter »behinderter« Kinder und Jugendlicher.

Die Projekte mit Rechten zwingen diese faktisch in keinem Fall dazu, sich mit Linken oder mit »Nicht-Deutschen« auseinanderzusetzen, geschweige denn etwa mit Schwulen oder gar Lesben. Gefördert wird stets das Konforme, das »Normale«. Akzeptanz für das »Andere« zu erreichen, indem man für diese Menschen die Straße und die Jugendclubs verteidigt, ist nicht Ansatz des Programmes. Insgesamt wird versucht, einzelne Gruppen möglichst voneinander zu trennen.

Insbesondere die Clubs, noch mehr die in Eigeninitiative renovierten oder

AKTIONSPROGRAMM GEGEN AGGRESSION UND GEWALT (AgAG)



Außer den oben geschilderten Angriffen lassen sich den Cottbusser Alt-Glatzen keine Angriffe in Cottbus anlasten. Heißt das und ihre parteipolitische Enthaltsamkeit etwa eine Läuterung? Die unorganisierten, »autonomen« rechten Prügler der Region Cottbus gehen, was Aktionen angeht, offenbar arbeitsteilig vor. Für Aktionen in Cottbus sind die Kameraden aus Spremberg, Senftenberg, Lübbenau zuständig, die Cottbusser arbeiten außerhalb. So kann der jeweiligen Szene nie direkt eine Terroraktion zugeordnet werden.

Die Jugendhilfe will im Rahmen mobiler Jugendarbeit auch einen Container für eine rechte Clique bereitstellen – wiederum mit Schlüsselrecht, also zur weitgehend freien Verfügung. AntifaschistInnen enttarnten den jungen Ansprechpartner Sten Söndel als organisierten Nazi-Kader, die Jugendhilfe wählte einen anderen aus. Eine Woche nach dieser Entscheidung veröffentlichte der Spiegel einen Artikel, der die Informationen der Antifas bestätigte. Nun soll der Container so geführt werden, daß Parteiarbeit nicht möglich ist.

Die Jugendhilfe Cottbus e.V. scheint bemüht, dennoch muß sie sich eine herbe Kritik gefallen lassen, da sie Personen wie Muschik und Kolli weiterhin stützt. Es ist auch nicht zu verstehen, warum in einer strukturschwachen Region wie Cottbus eine ABM-Stelle – entgegen den Bestimmungen – an einen Unteroffizier der Bundeswehr vergeben wird. Neben seinem Streetworker-Gehalt – Muschik bekommt 1500,- DM, Kolli vermutlich eben so viel – bezieht Kollosche nämlich den üblichen Sold, der ihm als Wehrdienstleistenden auf dem Flugplatz Cottbus Nord zusteht.

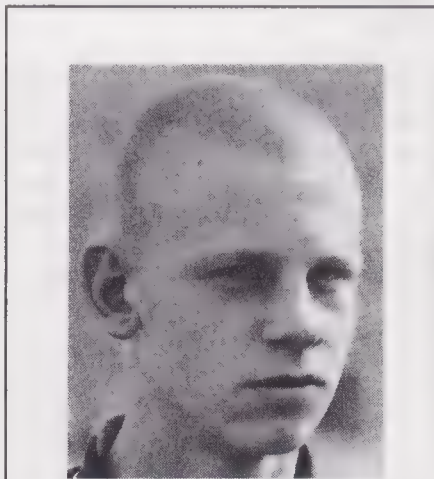
Vom Aktionsprogramm zur Aktion Pogrom? - Der Jugentreff Groß-Klein, Rostock/MV

Alle bisher genannten Projekte sind Projekte der offenen Arbeit bzw. in der Kategorie von AGAG Jugendclubs/Freizeitangebote. Gemeinsam mit den relativ unkontrollierten Zentren unter eigener Verwaltung legen die Projekte offener Arbeit im Rahmen des AgAG die unklarsten und gefährlichsten Konzepte vor.

Offene Arbeit läuft auch im ehemaligen Jugendclub Max-Reichpietsch, ein vom Jugendamt Rostock getragenes Projekt in einer nördlichen Sattelitenstadt.



Groß-Klein liegt direkt gegenüber von Lichtenhagen, mit dem es durch jene S-Bahnbrücke verbunden ist, die während des Pogroms vom letzten August traurige Berühmtheit erlangte. Brücke und Bahndamm bildeten das Rückzugsgebiet der Rassisten. Während die Öffentlichkeit die Bewohner Lichtenhagens allein für das Pogrom verantwortlich machte, gelangten die Nachbarbezirke Lütten-Klein mit seinem JN-Stützpunkt und Groß-Klein nicht so sehr in den Blickwinkel, obwohl mindestens die Jugendlichen von Groß-Klein genauso viel Verantwortung tragen, wie die Lichtenhäger.



Paule, 16, Schüler aus Rostock in einem Interview mit dem Stern:

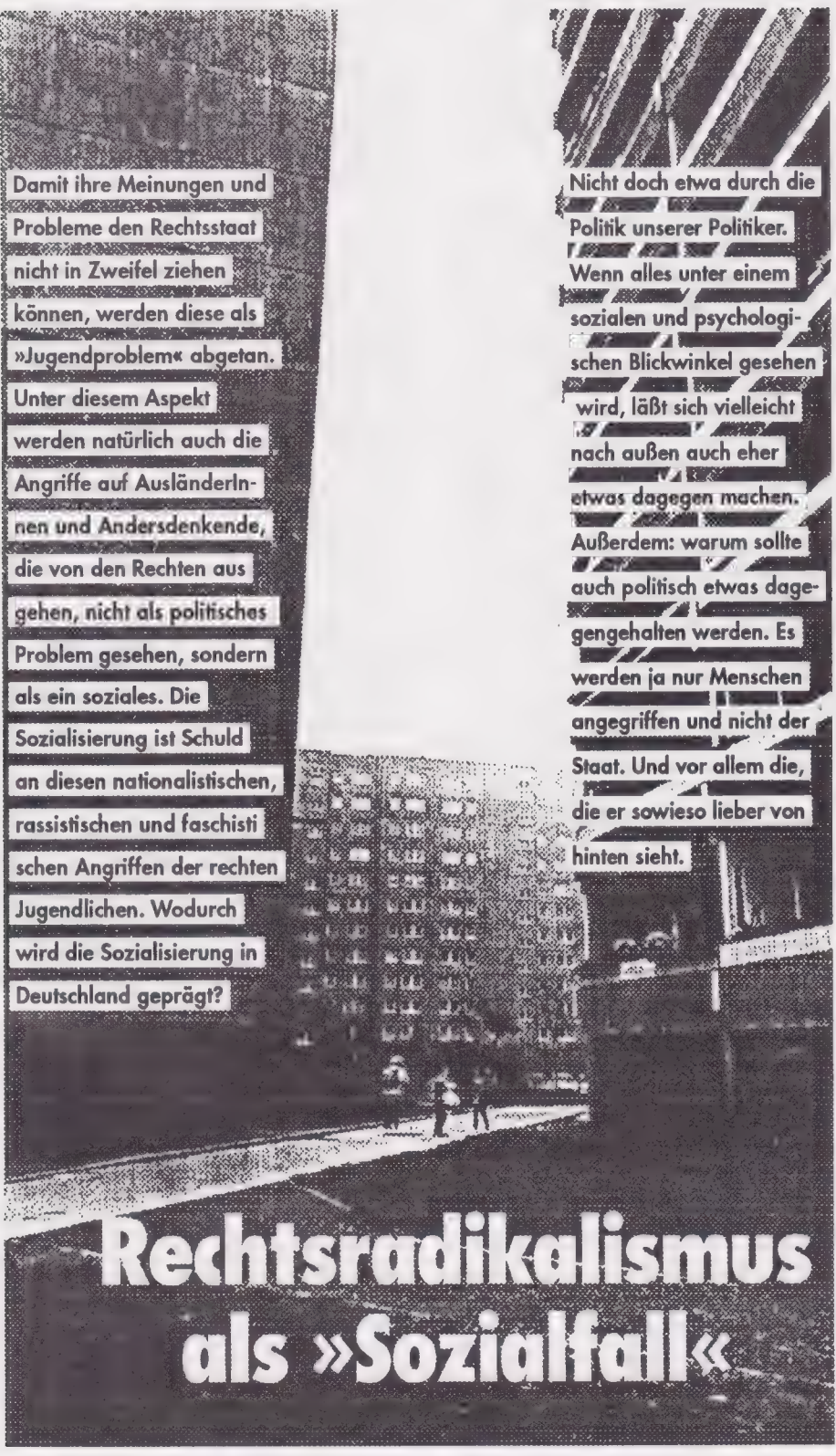
»Aber wir werden weitermachen. Ruhe ist erst, wenn der letzte Ausländer raus ist.«

Möglicherweise hat der Jugentreff dabei eine unrühmliche Rolle gespielt. An einem der Abende des Pogroms wurde der Club von AntifaschistInnen angezündet [Vgl. die Erklärung in der aktuellen Radikal und die FAZ vom 2.9.'92]. Er liegt unmittelbar hinter der Brücke, quasi gegenüber des Hochhauses, in dem die ZAST untergebracht war. Einige Tage nach dem Pogrom heulten dann einige sehr junge Besucher des Clubs über den Verlust ihres Jugendzentrums rum. Gelegenheit dazu hatten sie in einer Sondersendung des »Brennpunkt«. In Interviews hatten sie vorher ihre Teilnahme am Pogrom mehr oder weniger unmißverständlich klargemacht. Als lieber, braver, etwas verwirrter Skin trat Paul auf, mit dem man im Verlauf der Sendung regelrecht Mitleid bekommen konnte. Dieses Mitleid vergeht schnell, wenn man seine Aussagen im Stern vom 3.9.92 nachliest.

Im Mai 1992 nutzte die NPD-nahe »Hamburger Liste für Ausländerstopp« (HLA), die Jugendlichen des Clubs für ihre Propagandatätigkeit aus. Bereitwillig und flächendeckend steckten die jungen Leute die Haß-Propaganda, die das Pogrom vorbereiten half, in die Briefkästen [Vgl. Infoblatt 20a, S.10].

Über die Nazi-Szene in Rostock ist wenig bekannt. Eine besondere Rolle spielen hier die Konzerte faschistischer Skin-Bands im Umfeld von »Blood & Honour«. Ein Partner von B&H in Deutschland ist die Nationale Liste in Hamburg [Vgl. diverse Ausgaben der B&H-Fanzines], ihrerseits mit der HLA verflochten. NL-Führer Worch hat vermutlich aktiv am Pogrom teilgenommen. Konzerte von B&H-Bands finden

Zur Diskussion:



Damit ihre Meinungen und Probleme den Rechtsstaat nicht in Zweifel ziehen können, werden diese als »Jugendproblem« abgetan. Unter diesem Aspekt werden natürlich auch die Angriffe auf AusländerInnen und Andersdenkende, die von den Rechten ausgehen, nicht als politisches Problem gesehen, sondern als ein soziales. Die Sozialisierung ist Schuld an diesen nationalistischen, rassistischen und faschistischen Angriffen der rechten Jugendlichen. Wodurch wird die Sozialisierung in Deutschland geprägt?

Nicht doch etwa durch die Politik unserer Politiker. Wenn alles unter einem sozialen und psychologischen Blickwinkel gesehen wird, läßt sich vielleicht nach außen auch eher etwas dagegen machen. Außerdem: warum sollte auch politisch etwas dageengehalten werden. Es werden ja nur Menschen angegriffen und nicht der Staat. Und vor allem die, die er sowieso lieber von hinten sieht.

Rechtsradikalismus als »Sozialfall«

So wird die Ausländerfeindlichkeit, der Rassismus, der Nationalismus, der Faschismus, der Sexismus und das Herrenmenschendenken, das von rechten und rechtslastigen Jugendlichen propagiert wird, nicht als politisch sondern als soziales Problem gehandhabt. Mit dieser Handhabung geht es eher darum, pädagogische Lösungen zu finden, als sie politisch ernst zu nehmen.

Einzelne Beispiele »schlechter Sozialisierung« werden für eine ganze Bewegung, die als Jugendbewegung gesehen wird, als Recht fertigung benutzt. Gerade wenn es um Gewalt als Aussagekraft geht, werden Beispiele genommen, wo Jugendliche aus Arbeiterfamilien oder geschiedenen Elternhaus kommen und somit sowieso eine schlechtere Grundlage hätten. Damit werden bestimmte Klischees aufrecht erhalten. Da ja in den Familien oft verbale Auseinandersetzungen nicht möglich seien, herrsche hier noch eher das Faustrecht. Mit solchen politischen und sozialen Einschätzungen werden Familien und Jugendliche diffamiert. Obwohl es ja gerade bei den Fascho-Kadern doch eher so ist, daß sie aus bürgerlichen Familien kommen und oft nicht allein mit ihrer politischen Überzeugung stehen.

Auf diese Weise läßt sich auch sozialpolitisch arbeiten. Die Kämpfe der ErzieherInnen für bessere Bedingungen für sich und die Kinder, die Zusage vom Aufbau neuer Kitas wurde und wird zurückgestellt. Stellen werden im Sozialbereich abgebaut, Gelder werden bei der Sozialhilfe eingespart. Aber ein Millionenfond für die Arbeit mit »rechten« Jugendlichen wird eingerichtet. Wofür? Um zu zeigen: es wird was gemacht im Sozialbereich. Die Gewalttäter von der Straße zu holen und ihnen Jugendzentren – nur für Deutsche – zur Verfügung zu stellen. Wo ist der multikulturelle Anspruch der SozialarbeiterInnen geblieben, der in den letzten Jahren so modern war?

sich über die Vorstellungen und Konzepte der Projektleitung informieren.

Innerhalb der Linken bestehen keine Überlegungen für Jugendliche, interessant zu werden, damit die Linke weiter bestehen kann und auch »Nachwuchs« dazu kommt. Ein nachahmungswürdiges Beispiel ist die Villa Straußberg, die regelmäßig Konzerte und Feten macht. Dadurch ist sie ein wichtiger Ort für die Jugendlichen in der Umgebung geworden und wird auch genutzt.

Die Linke tritt oft als arroganter und ignoranter Haufen auf. Es stehen Ansprüche im Raum die kaum eine/r selber erfüllen kann oder will. Wir wollten anders sein als der Rest der Gesellschaft, was ist daraus geworden?

Die Leute sitzen in ihren (wenn überhaupt) »erkämpften Freiräumen«, den ehemals besetzten Häusern und sind dabei, sich selbst zu isolieren: »Kreuzberg ist tot, es lebe Kreuzberg«. Weiter geht es mit der Selbstgettoisierung. Nur ist es jetzt nicht mehr Kreuzberg, sondern kleinere Nischen. Wir müssen aus unserer Isolierung raus. Auf der Straße sollten wir sein, nicht nur bei Demos sondern um ansprechbar zu sein und Möglichkeiten zu schaffen um mit anderen ins Gespräch zu kommen. Nur wenige der »besetzten« Häuser sind so in der Nachbarschaft integriert, daß es unangenehm auffallen würde, wenn sie weg wären. Ist das der Sinn unserer Politik? Was ist mit der Offenheit unsere politischen

Vorstellung zu verwirklichen und so andere von unserem Tun zu überzeugen? Diese Offenheit gibt es nicht, weil alle überzeugt sind, daß wir »besser« sind. Warum sollten wir irgend jemandem zuhören? Denn nur wir wissen die Wahrheit. Es ist nicht verwunderlich, wenn wir nicht ernst genommen werden, denn wen nehmen wir ernst? Wie kann auch jemand ernst genommen werden, wenn ihm keiner zuhört. Wenn es nicht mal unter uns klappt, ist jeder Abspruch nach außen viel zu hoch.

In der Linken besteht ein Wissensmonopol. Wir wagen es nicht, unser Unwissen zuzugeben, aber auch niemand kommt auf die Idee sein Wissen weiterzugeben. Andererseits wird belehrend mit Menschen umgegangen, egal ob Jugendliche, AusländerInnen oder OstlerInnen. Keiner kommt auf die Idee, daß wir etwas von anderen dazu lernen könnten.

Wir müssen versuchen, aus unserem selbstgebauten Käfig raus zu kommen. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden bzw. bestehende genutzt wer-

den, um öfter zusammenzukommen. Wir müssen uns bei unserer Kritik alle mal selbst in die Tasche schauen Kritik annehmen und versuchen, die kritischen Punkte zu verbessern. Alle sollten mehr auf ihre Umwelt achten, um die Probleme zu verstehen, die die Menschen außerhalb unseres Dunstkreises haben.

»Heinisch«-Projekt Pfarrstraße 111



PFARRSTRASSE 111

Das umstrittene Projekt von Michael Heinisch ist zum 30.1.'93 ausgelaufen.

Mit Jugendlichen aus dem Lichtenberger Kiez hat Heinisch zwei Jahre lang ein Haus in der Pfarrstr. renoviert. Umstritten war das Projekt, weil er zu Beginn versuchte, drei Personen aus dem Führungskader der Nationalen Alternative durch dieses Projekt aus der Nazi-Szene herauszukriegen. Nicht nur von Linken wurde Heinisch kritisiert, weil sein Konzept stellenweise unklar war, weil er sich quasi alleine mit dem Projekt beschäftigte und den Nazi-Kadern ziemlich naiv gegenüber trat. Eine geschlossene Gruppe von Faschisten durch ein solches Projekt aus der Szene zu lösen, ist chancenlos.

Durch die regelmäßige Anwesenheit führender Nazi-Kader in unmittelbarer

Nachbarschaft von linken, besetzten Häusern, die schon in der Vergangenheit immer wieder angegriffen wurden, kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen. Da Heinisch trotz der Kritik die Nazi-Funktionäre weiter beschäftigte, wurde im Gebäude Feuer gelegt.

Heinisch schmiß die drei bekanntesten organisierten Faschisten - F.Lutz, I.Hasselbach-Pfannschmidt und H.Baumert schließlich aus dem Projekt. Noch im August '92 arbeiteten aber mindestens drei organisierte Faschisten in der Pfarrstr.111. Sie wurden dann im Herbst auch rausgeschmissen.

Ende '92 wurde Heinisch in Kreuzberg zusammengeschlagen. Wir halten das für ein völlig falsches Vorgehen. Heinisch mag naiv und unkritisch gewesen sein, er ist aber mit Sicherheit selber kein

Faschist. Angriffe auf seine Person können nicht unsere Politik sein, selbst wenn wir sein Konzept kritisieren.

Anlässlich der Beendigung des ersten Pfarrstr.-Projektes hat Heinisch sein damaliges Vorgehen erklärt und selber kritisiert. Das sollten wir anerkennen.

Das Projekt, das er nun in der Pfarrstr.111 betreuen will, hat einen vielversprechenden Ansatz: Betreutes Wohnen für Trebekinder und -jugendliche aus dem Kiez. Personelle Überschneidungen mit den alten Pfarrstr.-Leuten gibt es nicht. Wir sollten Heinischs Projekt eine echte Chance geben.

*»Die deutschen Demokratien
sind mit den Rechtsextremisten
immer wie mit bösen
Verwandten umgegangen.«
(Ralph Giordano)*

Verbote gegen Neonazi-Parteien

Nach den Morden von Mölln reagierte das Bundesinnenministerium auf die wachsenden Vorwürfe des In- und Auslandes, daß die staatlichen Behörden der BRD weitgehend untätig gegenüber der Gewaltwelle von Rechts bleiben. Es wurden eine Reihe von faschistischen Aufmärschen und Veranstaltungen untersagt, sowie vier Verbotsverfügungen erlassen. Betroffen sind die NATIONALISTISCHE FRONT (NF), die DEUTSCHE ALTERNATIVE (DA), der DEUTSCHE KAMERADSCHAFTSBUND (DKB) (Wilhelmshaven) und die NATIONALE OFFENSIVE (NO). In allen Fällen waren die Nazi-Kader durch Ankündigungen und lautes Nachdenken der Behörden vorgewarnt. In der Mitgliederzeitschrift der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF) war bereits im Oktober 92 ein Hinweis »aus dem Umfeld der NF« zu lesen, daß 2.000 Hausdurchsuchungen gegen das »Nationale Lager« im September und Oktober geplant seien, die im September in Sachsen begonnen hätten. Tatsächlich gehen die Behörden seit September wesentlich häufiger als je zuvor gegen Straftaten der Nazis vor, nachdem in den vorangegangenen Monaten fast eine Lähmung zu diagnostizieren war. Man hatte jahrelang zugesehen, wie die Neonazis Pogrome inszenierten, ein Organisationsgeflecht aufbauten, das sich politisch und paramilitärisch in über siebzig Vereinen formiert hat.

Bundesinnenminister RUDOLF SEITERS verstand vor allem die medienwirksame Präsentation des neuen Kurses gegen Rechts, ansonsten hält sich der Erfolg der Aktion in Grenzen. Am 23. November letzten Jahres wurde ein Verbot der NF bereits angekündigt und am 26. November meldet die Berliner Zeitung, daß Seiders gegen die NF, DA, NEK, DBI und die GdNF Verbotsverfügungen einleiten will, jedoch die zum selben Spektrum gehörende FAP, die NPD und auch die DVU vorerst nichts zu befürchten hätten. Nachdem die Nazis, bis auf einige ihrer Dümmeren, genügend Zeit hatten, Beweismittel bei Seite zu schaffen, begannen die Hausdurchsuchungen. Wenn die Zeit bestanden hat, die Verbote vorab zu verkünden, hätte auch die Zeit bestanden, die Begründungen rechtlich wasserdicht zu formulieren, doch gerade die rechtliche Haltbarkeit der Verfügungen steht auf äußerst wackligen Füßen. Beim Bundeswahlleiter eingetragene Parteien können eigentlich nur durch eine Klage beim Bundesverfassungsgericht verboten werden, jedoch nicht durch das Bundesinnenministerium.

Die Verbote sind im wesentlichen billige Effekthascherei, weil sie auf der einen Seite diletantisch begründet und angekündigt waren und zum anderen, weil davon nicht die übergreifende Kaderstrukturen betroffen sind. Die GdNF als feste Kader-Organisation der Drahtzieher einer ganzen Reihe von Nazi-Vereinen, ist ebenso wenig betroffen wie die mit der NF in der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT (DKG) arbeitenden Organisationen WIKING JUGEND (WJ) oder die NPD. Unberührt bleibt auch die HILFSGEMEINSCHAFT NATIONALER GEFANGENER UND DEREN ANGEHÖRIGE (HNG), in der Mitglieder der DA, der NF, der FAP, der NO usw. aktiv sind. Trotz der Verbotsklausel, die eine Bildung von »Ersatzorganisationen« untersagt, arbeitet der größte Teil der alten NF-Struktur heute legal als SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT (SrA).

»Reporter, Richter, Polizisten, Sie!«

Einer der zentralen Figuren des organisierten Neofaschismus, der Rechtsanwalt JÜRGEN RIEGER aus Hamburg, formulierte im Fernsehmagazin Panorama die Strategie der Nazis:

Rieger: »Wenn jetzt tatsächlich diese ganzen Verbote durchgehen sollten, dann kriegen wir 'ne rechte RAF, da können Sie absolut sicher sein. Warten Sie's doch ab. Wenn der erste Reporter umgelegt ist, der erste Richter umgelegt ist, dann wissen Sie, es geht los. ... Nicht die Großen, da wird nicht der Präsident des Bundesverfassungsgerichtshofes oder was, alles Quatsch, das interessiert nicht. Aber die Gruppierungen, die sind dran.«

Panorama: »Reporter?«

Rieger: »Reporter, Richter, Polizisten, Sie!«

Panorama: »Wenn Sie sagen, Sie glauben es kommt so, wie geht es Ihnen dabei persönlich?«

Rieger: »Was mir persönlich? Ich glaube nicht, daß ich auf der Abschußliste stehe, ha, ha.«

Auf Jürgen Rieger geht der sogenannte »9 Punkte Plan zur Ausländerückführung« zurück, der das Signal für die Welle von Anschlüssen, Morden und Pogromen war. »Wir müssen Ihnen den Aufenthalt so unbequem wie möglich machen!« erklärte Rieger im April 1991.

Mitglied in der NF sollte werden:

- * Wer innerhalb einer Kaderorganisation unermüdlich und diszipliniert zu arbeiten und zu kämpfen bereit ist, auch handeln und fest entschlossen ist, auch handeln und ändern zu wollen.
- * Wer langfristig angelegte Konzepte und Strategien verwirklichen will.
- * Wer bereit ist, Verantwortung zu tragen, selbstständig zu denken und zu kämpfen.
- * Wer an sich selbst arbeiten und seine Fähigkeiten ausbauen will.

Mitglied im Förderkreis "Junges Deutschland" sollte werden:

- * Für den nationalen Solidarität nicht nur aus bloßen Worten besteht.
- * Wer nicht an der "Front" kämpfen kann, aber monatliche Spende unterstützen möchte.
- * Wer mit seinen Fähigkeiten und Verbindungen unserer Sache dienen möchte, ohne "im Rampenlicht" stehen zu wollen.
- * Für den, der in Arbeitskreisen politische Themen aufgreifen und ausarbeiten will.

WER KÄMPFEN WILL DER ORGANISIERE SICH!

NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK!

Mitglied im FMJ sollte werden:

- Wer deutsch ist, deutsch denkt und deutsch handelt
- Wer kämpfen will und kann, aber keine Lust hat sich einer "Partei" anzuschließen
- Wer die aktive Truppe durch eine freiwillige monatliche Spende unterstützen will
- Für den Deutschland und nationale Solidarität nicht nur Worte sind

Mitglied in der SrA sollte werden:

- Wer fest entschlossen ist handeln und ändern zu wollen
- Wer sich militärisch ein- und unterordnen kann
- Wer bereit ist, innerhalb einer Kaderorganisation unermüdlich und diszipliniert zu arbeiten und zu kämpfen
- Wer bereit ist Verantwortung zu tragen und selbstständig zu denken und zu handeln

Es sind kaum Unterschiede zwischen NF + FJD auf der einen und SrA + FMJ auf der anderen (neuen) Seite auszumachen

nach von Schönborn vernachlässigt worden sei. Der ehemalige NF-Bereichsleiter Mitte STEFFEN HUPKA aus Detmold lud bereits am Wochenende des 20. September zu einer Neugliederung des Schulungsbereichs auf. Das FMJ führte die bewährte Zusammenarbeit mit der WIKING JUGEND auch während der Vorbereitungen des sog. »Heldengedenkens« in Halbe fort. Wegen des diesjährigen Verbotes des Nazi-Aufmarsches wich das FMJ mit kleinen Kundgebungen auf den Friedhof von Stahnsdorf und nach Mittenwalde aus.

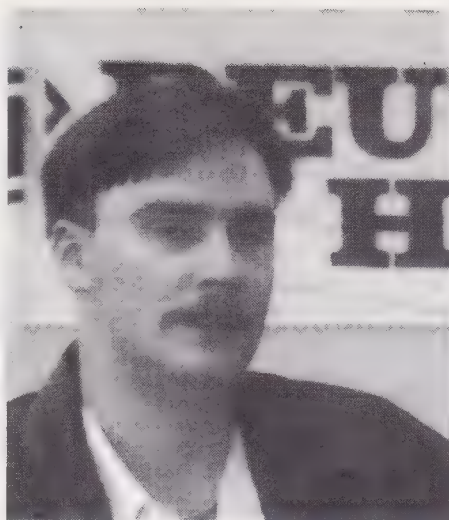
Als neue Zeitung des FMJ erschien der ANGRIFF im Herbst 1992 mit einer ersten kostenlosen Ausgabe. Wer geglaubt hat, daß die ausgestiegenen NFler der gemäßigte Flügel der alten NF seien, hat sich getäuscht. ENNO GEHRMANN aus Kremmen bei Oranienburg

lobt unter der Überschrift »Spätsommer 1992 – oder – Kanacke gib Fersengeld« den Protest von Rostocker Jugendlichen, der zur »zweiten ausländischen« Stadt geführt habe. Um das heutige Gewissen für den geplanten »Rassenkrieg« der Nazis zu erleichtern, wird der Holocaust, wie auch schon schwermüßig von der alten NF, geleugnet. Im Versand wird das sog. »Leuchter-Gutachten« (ein von Nazis in Auftrag gegebenes Pamphlet, das den Massenmord in den Vernichtungslagern leugnet) angeboten, daß »sogar von Bundestagsabgeordneten (HEINRICH LUMMER MdB, CDU) als wissenschaftliche Arbeit anerkannt wurde.« Treffpunkte von Antifas in Brandenburg werden veröffentlicht und auch gleich eine Handlungsanleitung mitgeliefert. Unter dem Motto von JOSEPH

GOEBBELS »Rache muß kalt genossen werden« wird beschrieben, wie »ein Führungsstab (2 bis 3 Personen)« die Aktionen bis in jede Einzelheit planen soll, um sich »1 oder 2 Tage vor der Aktion« nochmals mit allen »Kameraden« zu besprechen. Jeder solle »Handschuhe, Sturmhaube, Telefongeld, Nummer des Anwaltes« dabei haben – »Leute, die sich schnell provozieren lassen« hätten bei ihren Aktionen »nichts zu suchen«. Der Umstand, daß vor dem Wort »Aktion« das Wort »Flugblatt« in Klammern gesetzt ist, kann auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier eine Anleitung zur »Rache« gegeben wird, wie ein Überfall bzw. Anschlag. Ganz im Stil der alten NF wird der politische Kampf gegen »das gegenwärtig herrschende System als Feind Nr.1« propagiert und

Auf beiden Fotos ist der gleiche GdNF-Kader aus Österreich zu sehen. Das linke Bild ist am 9.11.91 in Halle entstanden (außerdem ist noch Thomas Wulff (NL) ganz links und Heinz Reisz (Deutsches Hessen) als 2. von links mit Schal zu sehen). Das zweite Bild ist in Kroatien entstanden und zeigt den Österreicher mit einem T-Shirt der kroatischen Terrormiliz HOS.





DA-Veranstaltung (oben)

Roman Danneberg (DA) aus Hoyerswerda (links - oben)

Thomas Dienel (DNP) am 22.3.92 bei der »Gegen Drogen« Demo in Leipzig (links)

DA-Stadthalter in Dresden (unten)



gefordert, daß die »Kameradschaften ... ihre Leute in alle politischen Organisationen hineinschicken (sollen), in die Gewerkschaften, Bauernschaften, politischen Parteien usw.« Als Illustration ist ein Wehrmachtssoldat mit dem Spruch abgebildet: »Deines Volkes Ehre ist auch deine Ehre, Verteidige sie!«

DEUTSCHE LIGA-Vorsitzender schreibt für NF-Nachfolgeorganisation

Ob auch der Berlin-Brandenburgische Vorsitzende der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT (DL), FRANK SCHWERDT aus Berlin-Heiligensee, so ein oben gefordertes »SrA-U-Boot« in der DL ist, bleibt leider in der ANGRIFF-Ausgabe offen. Jedenfalls meldet sich Schwerdt zu Wort: »Sachsenhausen – Zündelten die Juden selbst?« heißt sein Artikel, der mit dem NF-Aufkleber »Schluß mit dem Holocaust! oder Deutscher, willst du ewig bezahlen« bebildert ist. Wie auch immer, die Zusammenarbeit zwischen DL und der alten NF funktionierte in Brandenburg schon seit längerem. Sichtbar wurde dies im August 1992 in Eberswalde, als die »Kameradschaft« der NF zusammen mit der DL zu einer Demo gegen »linke Zecken« aufgerufen hatte. 200 Nazis folgten dem Aufruf, die Polizei beschlagnahmte Eisenstangen und Schlagstöcke und nahm 32 Personen vorübergehend fest. Die Erklärung des DL-Bundesvorstand nach dem NF-Verbot, daß es »geistige und organisatorische Distanz zu allen verfassungsfeindlichen Gruppen zu halten« gelte, ist wohl offensichtlich ein blaßes Lippenbekenntnis.

Auf jeden Fall scheint damit nicht die »geistige Distanz« zu dem ANGRIFF der NF-Nachfolgeorganisation gemeint zu sein. Dort erschien ein Konzertbericht von KLAUS-DIETER LÜCK über die Nazi-Oi Band LANDSER aus Berlin, die am 12. September in Hen-

nigsdorf bei Berlin spielte. Titel wie »Das Asylheim brennt«, »Schlagt sie tot« oder »Kanacke verrecke« brachten den SrA-Vorsitzenden Andreas Pohl derartig in Schwung, daß er auf der Bühne noch seinen Song »Kraft durch Froide« zum Besten gab. Laut dem ND vom 2.12.92 betätigte sich der Berliner AXEL GRUNOW schon als Aufbauhelfer für das nördliche Brandenburg und betreute auch die Kameradschaft Kremmen-Hennigsdorf. Die Gruppe in Kremmen ist neben der Kameradschaft Königs-Wusterhausen (südlich von Berlin – siehe Art. S. 36) die aktivste in Brandenburg und gibt ein lokales Blättchen, den KREMMENER BEOBACHTER, mit angeblicher Auflage von 20.000 heraus.

Zwei Vorfeldorganisationen der GdNF verboten: DEUTSCHE ALTERNATIVE und DEUTSCHER KAMERADSCHAFTSBUND

Nicht zuletzt durch die Enthüllungen des Filmes »Wahrheit macht frei« und die Dokumentation »Drahtzieher im braunen Netz« rückte die Rolle der Kaderorganisation GdNF in den Medien mehr in den Vordergrund. Die GdNF sieht sich einem wachsenden Druck ausgesetzt und bemüht sich, zu erklären, daß sie gar keine Organisation sei. Von dem jetzigen Verbot ist allerdings mit der DA ihr bisher erfolgreichster Versuch einer breit angelegten Nazi-Partei der letzten Jahre betroffen. Auch die Kader der GdNF setzen – wie die NF – auf eine gerichtliche Klärung und verhalten sich nach außen abwartend.

Nachdem auch das Verbot der DEUTSCHEN ALTERNATIVE schon seit Monaten Medienthema war, kamen auch die 49 Hausdurchsuchungen am 10. Dezember bei DA-Mitgliedern in 12 Bundesländern nicht unerwartet. Der DA werden 1.200 Mitglieder zugerechnet, davon allein 600 in Brandenburg – die Verbotungsverfügung spricht jedoch nur von 350 Mitgliedern. Auf dem Parteikonto waren noch 630,- DM für die Staatsanwaltschaft ausgelegt und ansonsten fand die Polizei nur Propagandamaterial. In Hoyerswerda wurde ein DA-Führungsmitglied verhaftet, das Ende November 1992 eine Pizzeria in Bautzen überfallen und den Koch schwer verletzt haben soll. Kurz zuvor war es zu Hausdurchsuchungen bei 24 mutmaßlichen Mitglieder des DKB im Raum Oldenburg-Wilhelmshaven gekommen und das Verbot angekündigt worden (21. Dezember in Kraft getreten). Die DA-Führung in Cottbus trifft sich jedoch weiterhin zu den wöchentlichen »Kameradschaftsabenden« im Lokal »Wassermann« in Gross-Gaglow. Es werden auch »Bildungsveranstaltungen« abgehalten und am 23. Januar wurde eine vom Fernsehen begleitete Kranzniederlegung in Halbe-Brandenburg durchgeführt. Am 30. Januar versammelten sich 20 DA-Mitglieder zum Jahrestag der Machtübergabe an die Nazis in Lauchhammer (Kreis Senftenberg). Die Polizei löste das Treffen der aus Cottbus, Düsseldorf und dem Kreis Senftenberg stammenden Nazis auf und leitete Verfahren ein. Rechtlich ermöglicht wird die Aufrechterhaltung des Organisationszusammenhangs durch ein Urteil des »Bundesverfassungsgerichtes vom 15. Juni 1989, wonach ein verbotener Verein weiterhin seine organisatorischen Zusammenhänge aufrechterhalten darf, um das juristische Vorgehen gegen das Verbot zu organisieren« (taz-Bernd Siegler 16.1.92). Von der Gründung einer DEUTSCHEN INITIATIVE als Auffangorganisation der DA ist bisher nichts bekanntgeworden. Hübner überlegt dagegen laut, ob er eine auf Brandenburg zugeschnittene Partei etablieren solle, die BRANDENBURGISCHE VOLKSPARTEI.

Eine umfangreiche Reisetätigkeit führender Funktionäre von und nach Cottbus hatte nach der Verbotungsverfügung eingesetzt. DA-Chef FRANK HÜBNER reiste in der ersten Januarhälfte zu HEINZ REISZ aus Langen. Reisz, der regelmäßiger Gastredner auf DA-Veranstaltungen ist, verblieb aus Befürchtung eines eventuellen Parteiverbotes der DA bei seiner Organisa-

tion DEUTSCHES HESSEN und will zu den hessischen Kommunalwahlen 1993 antreten. Auch in Cottbus wurden Besuche hochrangiger GdNF-Vertreter beobachtet und alles deutet auf eine intensive Diskussion hin, wie es nun weitergehen soll. Dem GdNF-Chef CHRISTIAN WÖRCH von der NATIONALEN LISTE (NL) wurde bei einer Besprechung mit dem DA-Ehrenvorsitzenden WINFRIED ARNULF PRIEM im Januar in Berlin das Auto demoliert. Der »Volksportclub Antifa« eröffnete vor Priems Wohnung die »Wagensportliga Amateurklasse« und gab als Echtheitsbeweis in einem Schreiben die Autonummer des Worch-Omegas mit

HH-RR 876 bekannt. Wie auch immer, die eigentliche Struktur der GdNF ist vom Verbot nicht betroffen. Außerdem verbleiben noch zahlreiche Parteien, die im Vorfeld der Kaderstruktur bereitstehen. Die NATIONALE ALTERNATIVE (NA) könnte reaktiviert werden, es bleiben die NATIONALE LISTE (NL), das DEUTSCHE HESSEN (DH), der NATIONALE BLOCK (NB) aus Bayern, die DEUTSCH NATIONALE PARTEI (DNP) aus Thüringen, die AKTIONSFRONT NATIONALER KAMERADEN (ANK) aus Heidelberg, die NATIONAL FREIHEITLICHE ALTERNATIVE (NFA) aus Baden-Württemberg, die ganze Reihe von Vorfeldorganisationen usw. usf.

NO-Vorsitzender Michael Schwierczek mit dem Organisator des NO-Aufmarsches am 3.10.92 in Dresden, einem Holländer mit dem Vornamen Laif



Constantin Mayer aus Bayern ist NO-Chef in Sachsen



Das MEK - OST

Wie die Struktur der GdNF aufgebaut ist, wird an den Unterlagen des sächsischen Landesvorsitzenden der DA, ROMAN DANNEBERG aus Hoyerswerda, deutlich. Im Parteauftrag verschickte er einen Gründungsauftrag für ein MOBILES EINSATZKOMMANDO-Ost (MEK). Nach dem vorliegenden Plan sollte das MEK bezirksweise gegliedert sein und jede Gruppe 10 Personen umfassen. Nach einem festgelegten Modell sollen Aktionsgruppen in anderen Regionen und Städten Aktionen durchführen. So würden Thüringer Nazis nach Berlin und Sachsen-Anhalt fahren, Sachsens Nazis nach Thüringen, Berlin und Brandenburg, Brandenburger Nazis nach Berlin, Sachsen und Mecklenburg usw. Berlin steht auf dem Wegeplan aller Bezirksgruppen. Koordiniert soll das MEK in Berlin und Thüringen werden. Der thüringische Chef der DNP, THOMAS DIENEL, wurde ebenso genannt, wie die Berliner Ansprechpartner ARNULF PRIEM (NSDAP/AO und DA), »BOMBER« und »TOTENKOPF«. Auch die FAP FRIEDHELM BUSSE's ist mit ihrem Leipziger Vorsitzenden DIRK ZIMMERMANN beteiligt.

Etwas hilflos mutet auch der Versuch des Bundeskabinetts an, dem wegen Volksverhetzung vorbestraften Thomas Dienel und Heinz Reisz in einem Verfahren beim Bundesverfassungsgericht die Grundrechte aberkennen zu lassen. Ein ähnliches Verfahren gegen den DVU-Vorsitzenden GERHARD FREY wurde 1969 nach vier Jahren erfolglos eingestellt. Solange nicht die Kaderstruktur der GdNF im Mittelpunkt der Maßnahmen steht, sind die bisherigen Verbote relativ wirkungslos.

NATIONALE OFFENSIVE (NO) verboten

Mit der NO ist eine Gruppierung betroffen, von der angenommen werden muß, daß ihre Kader nach Abspaltung von der FAP wieder Teil der GdNF-Struktur geworden sind. Darauf weisen die gemeinsamen Aktivitäten in Schlesien, die gemeinsamen Aufmärsche, (am 20.6.92 meldete die NO einen Aufmarsch in Leipzig an, es kamen jedoch die GdNFler aus Bielefeld und Hamburg), sowie die Veröffentlichungen der NO-Kontaktadressen in Publikationen der GdNF-Vorfeld- und Wahlorganisationen hin. Die NO ist vor allem in Sachsen aktiv und betrieb dort mit großangelegten Werbekampagnen Öffentlichkeitsarbeit. Sie bezeichnet sich

als nationalrevolutionär und viele ihrer Mitglieder sind schon bei Überfällen auf Linke erkannt worden, obwohl sich die Organisation natürlich zur Gewaltfreiheit bekennt.

Daß auch die NO nicht von dem Verbot überrascht wurde, sei hier der Vollständigkeit halber erwähnt. Bereits am 11.12. fand eine großangelegte Razzia bei NO-Mitgliedern in Witten, Bochum und Dortmund statt. Dabei wurden in zahlreichen Gebäuden und Wohnungen neben Materialien über den Organisationsaufbau auch Chemikalien und elektronische Bauteile zur Herstellung von Bomben gefunden. Gegen sechs Männer aus Bochum und Essen im Alter von 18 - 25 Jahren wurde Haftbefehl wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, §129, erlassen. Ihnen wird vorgeworfen, Straftaten gegen Asylbewerber und Linke vorbereitet zu haben. Am 23. Dezember wurden dann 30 Wohnungen und Geschäftsräume in sieben Bundesländern durchsucht und 10.- DM vom Parteikonto beschlagnahmt. NO-Chef MICHAEL SWIERCZEK aus dem bayrischen Stadtbergen, CONSTANTIN MAYER und DIRK ANDRE aus Sachsen verlassen sich laut Artikel von Bernd Siegler wie die NF-Schönborns auf den Hamburger Rechtsanwalt JÜRGEN RIEGER. Dieser sieht aufgrund des Parteienstatus und der durchgeführten Kandidaturen bei Landtagswahlen ebenso gute Chancen für die NO wie für die NF. Die gefundenen Materialien bei den NO-Mitgliedern in Bochum und Essen lassen aber befürchten, daß es für die NO-Mitglieder – nach internen Äußerungen Constantin Mayers – auch die Möglichkeit gebe, zu anderen Mitteln zu greifen. Am Freitag, dem 5.2.92 meldeten Zeitungen in NRW eine weitere Razzia gegen NO-Mitglieder in Witten, wobei nochmals Sprengstoff und Waffen beschlagnahmt wurden. Inhaftiert wurde CHRISTIAN SENNLAUB, der auch im Vorstand der HNG sitzt.

Auf die Spitze getrieben wurde der Dilletantismus der staatlichen Behörden bei der Umsetzung der Verbote allerdings in Dresden. Dort traf die Verbotungsverfügung erst ein, als in Westdeutschland die Razzien schon längst begonnen hatten. ■

Die Erstellung dieses Artikels wurde durch das Antifa-Archiv Berlin unterstützt: Materialien u.a. aus taz, Antifaschistischer Städtebericht Wuppertal, Antifa-Info Dresden, Berliner Zeitung, Neues Deutschland, Tagesspiegel, Sächsische Zeitung und Volksblatt

atom-Sondernummer zu Rassismus und Neofaschismus



Aus dem Inhalt:

- ★ Chronologie des Terrors von Hoyerswerda bis heute
- ★ Wie der Weg nach Rostock geebnet wurde
- ★ Jürgen Trittin & Jürgen Elsässer über Rassismus in Deutschland
- ★ Angelika Behr über die Verbiegung des Asylrechts
- ★ Die Unterdrückung der Sinti und Roma
- ★ Polizei und Justiz: Zweierlei Maß gegen rechts und links
- ★ Rechte Gewalt: »Anti-Antifa«
- ★ Überlegungen zum antifaschistischen Widerstand
- ★ Dokumentationen, Fotos...

84 Seiten A4, Preis: 7,50 DM
Erschienen im Dezember 1992.
Erhältlich im linken Buchhandel
oder bei der atom,
Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Bei Einzelbestellungen wird 1,-
DM Versandpauschale erhoben.
Bei Bestellungen ab 5 Exemplaren
werden 30% Rabatt eingeräumt.

FAP-Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek

Seitdem am 2.12.92 eine Gruppe von ca. 30-40 türkischen, griechischen und deutschen AntifaschistInnen versucht hat, die Bundesgeschäftsstelle der FAP in Halstenbek anzugreifen, ist die Existenz der Bundesgeschäftsstelle am Rand von Hamburg zum ersten Mal auch in der überregionalen Presse erwähnt worden. Noch am Abend nach dem Angriff und in den

Tagen danach wurden fünf türkische und ein griechischer Jugendlicher vom Staatsschutz in Hamburg festgenommen. Ihnen wird u.a. Körperverletzung und Landfriedensbruch vorgeworfen (bei dem Angriff war JÖRG GROLL, ein FAP-Mitglied aus dem nahegelegenen Schenefeld, durch ein Messer schwer verletzt worden), es wurden aber keine Haftbefehle erlassen.

Die Bundesgeschäftsstelle der FAP befindet sich schon seit August/September 1991 in der Seestr. 185 in Halstenbek-Krupunder (Schleswig-Holstein). Hier wohnt auch GLENN GOERTZ, der FAP-Bundesgeschäftsführer, dessen Mutter, Heike Goertz, die Wohnung gehört.

Halstenbek (15.000 EinwohnerInnen) und die nächstgrößere Kreisstadt Pinneberg (80.000 EinwohnerInnen) sind aber schon seit über 10 Jahren politisches Aktionsfeld der FAP und ihrer Vorläufer-Organisationen. Schon Mitte bis Ende der 70er Jahre verbreitete die von MICHAEL KÜHNEN und CHRISTIAN WORCH geführte faschistische »Hansa-Bande« in Hamburg und später im Hamburger Umland faschistischen und antisemitischen Terror. Die »Hansa-Bande« verwüstete jüdische Friedhöfe, sprühte Nazi-Parolen und griff MigrantInnen und Linke an. Daß es sich bei dieser »Bande« keineswegs um eine apolitische Jugendgang handelte, wurde spätestens 1977 deutlich, als Kühnen die ANS/NA gründete. Ein Hauptziel der ANS/NA war es, die Aufhebung des NSDAP-Verbots durchzusetzen. So fand z.B. im Januar 1978 in einer Gaststätte im Halstenbeker Nachbarort Lurup ein bundesweites NSDAP-AO Treffen mit sämtlichen Führungskadern aus der bundesdeutschen Alt- und Neonaziszene statt. Der Naziterror in Hamburg wurde zwei Jahre später tödlich: Bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim wurden 1980 zwei vietnamesische Flüchtlinge getötet.

Im Sommer 1983 verschoben sich die Aktivitäten der ANS/NA aus dem Hamburger Innenstadtbereich in die Vororte Rahlstedt und Bergedorf, sowie nach Pinneberg. Schon einen Monat vor Gründung der »ANS/NA Kameradschaft Pinneberg« am 5. Oktober 1983



Die FAP am 21.4.90 bei einer Demo in St. Augustin bei Bonn

hatten AnwohnerInnen beobachtet, wie eine Gruppe von ca. 15 Leuten auf einem Schulgelände Wehrsportübungen durchführte. Und zwei Tage vor der Gründung der Pinneberger Kameradschaft fand sich im »Hamburger Abendblatt« folgende Anzeige: »Nationalbewußte Deutsche zur Gründung eines Geländesportvereins gesucht, Chiffre 64944.« Kreiskameradschaftsführer wurde der damals 18-jährige MATTHIAS PAGEL. Bis zum Verbot der ANS/NA im Dezember 1983 wohnte auch Kühnen in Pinneberg – bei der stadtbekannten Altfaschistin EDITHA ARNOLD.

Nach dem Verbot der ANS/NA gliederten sich die ANS/NA-Mitglieder und Ortsgruppen schon ab Dezember 1983 auf Absprache zwischen Kühnen und dem FAP-Vorsitzenden PAPE in die FAP ein. In Halstenbek gründete sich schon im Dezember 1983 eine FAP-Ortsgruppe. Und auch in Pinneberg blieb die alte ANS/NA-Gruppe unter anderen Namen wie »Antikommunistische Vereinigung Pinneberg« und »Lesezirkel der Neuen Front« weiter aktiv; z.B. bei einem versuchten Angriff auf eine Veranstaltung der VVN-Pinneberg im Mai 1984, an dem auch Matthias Pagel beteiligt war. Mitte der 80er Jahre fiel die FAP in Pinneberg und Halstenbek dann allerdings hauptsächlich durch das Kleben von FAP-Aufklebern und dem Zerstören von Stelltafeln der Grünen auf.

Im FAP-Rundbrief Nr. 1 für den Gau Hamburg-Schleswig-Holstein vom August 1987 wird die Arbeit des Kreisverbandes Pinneberg wie folgt erwähnt: »Einer der aktivsten Kreisverbände der FAP in Schleswig-Holstein ist der Kreisverband Pinneberg. Hier wurden in kürzester Zeit tausende von Flugblättern verteilt und eine noch größere Anzahl von Aufklebern verklebt (...). Die Reaktion der Bevölkerung sind zum großen Teil positiv und rege. Über personelle Probleme kann sich der Kreisvorsitzende nicht beschweren, auf den wöchentlichen Treffs hat man zu-



Die Spitze des FAP-Zuges 1990 in Halbe ...



... und 1992 in Rudolstadt beim »Rudolf-Hess-Gedenkmarsch«

meist Schwierigkeiten, einen Sitzplatz zu bekommen.« Und in der Ausgabe Nr. 2 vom Oktober 1987 heißt es dann: »Selbstverständlich standen auch die Pinneberger Aktivitäten im Schatten des Märtyrertodes von Rudolf Hess. Sowohl an der Aktion vor den Konsulaten der Besatzer, als auch an dem Marsch durch Witten (Dortmund) nahmen die Pinneberger Aktivisten teil (...). Zum ersten Augustwochenende organisierte die Kameradschaft ein Sympathisantentreffen, an dem etwa 30 geladene Gäste und Freunde der Partei teilnahmen. Es konnte Kontakt zu einigen Interessenten geknüpft werden.« Zu diesem Zeitpunkt traten sowohl Glenn Goertz als auch sein jüngerer Bruder ANDRÉ (22) des öfteren mit bekannten FAP-Aktivisten in der Öffentlichkeit

auf. Die folgenden zwei Jahre nutzte die FAP zur Aufbauarbeit und zur Rekrutierung aus der Neonaziszene im Umkreis von Pinneberg und Halstenbek – u.a. in Lurup, Schenefeld, Rellingen und Egenbüttel. Dabei versuchten jüngere Neonazis auch im Jugendzentrum Halstenbek-Rellingen Fuß zu fassen. So schreibt das Pinneberger Tageblatt am 5.4.1989 nach einer Auseinandersetzung zwischen türkischen Jugendlichen und Neonazis bei einer Discoververanstaltung im Jugendzentrum am 30.3.1989: ... »Probleme mit Ausländerfeindlichkeit sind in Halstenbek bedauerlicherweise kein Novum. Bereits vor einiger Zeit habe es im Jugendzentrum Komplikationen mit jungen Leuten gegeben, die der Neonazi-Szene zugeordnet werden und versuchten, Einfluß auf andere Besucher zu nehmen, (...) Es gab dabei auch Hakenkreuz-Schmierereien. (...) Halstenbek habe eine bekannte rechtsradikale Szene und einen dementsprechenden Ruf.«

Ca. seit 1986/87 übernahmen die Brüder Glenn und André Goertz, die dem Busse-Flügel der FAP zuzurechnen sind, zunehmend Führungspositionen innerhalb der neofaschistischen Szene in Halstenbek und Umgebung. Außerdem knüpften sie vermehrt Kontakte zu überregionalen faschistischen Strukturen, z.B. zum KKK in Henstedt-Ulzburg und Elmshorn und zu der im Raum Norderstedt aktiven »Aktion Nationale Kameradschaft (ANK). Ende 1990 stieg Glenn Goertz zum Landesvorsitzenden der FAP in Schleswig-Holstein auf. Sein Bruder André verließ Halstenbek Mitte des Jahres 1991, um in Hamburg Jura zu studieren, und ist seitdem FAP-Gauleiter in Hamburg.

Nach dem Umzug von Glenn Goertz aus dem Haus seiner Mutter in deren Zweitwohnung in die Seestr. 185 in Halstenbek-Krupunder im Sommer 1991, verlagert die FAP ihre wöchentlichen Kameradschaftsabende, an denen 30-40 FAP-Mitglieder teilnehmen, in die Kneipe »Kiek In« in Krupunder. Ungefähr im gleichen Zeitraum verstärkt sich der faschistische Terror auf den Straßen in Halstenbek und Krupunder. Flüchtlinge werden bedroht, mehrmals werden junge AntifaschistInnen in Krupunder von Skin-Gruppen zusammengeschlagen, überall tauchen Aufkleber mit dem Motto »Halstenbek – Hochburg der FAP« auf. Ab Sommer 1992 finden die Kameradschaftsabende direkt in der Bundesgeschäftsstelle statt, da der Wirt des »Kiek In« der FAP aufgrund einer zunehmenden Öffentlichkeit die Räume entzogen hat.

Einhergehend mit dieser Verlagerung nimmt der faschistische Terror am S-Bahnhof Krupunder zu; Flüchtlinge, MigrantInnen und SchülerInnen trauen sich nicht mehr, dort auszusteigen. Aus Angst vor einer vermuteten Zusammenarbeit zwischen einigen örtlichen Polizisten und Glenn Goertz, stellen mehrere Personen, die von FAPlern und mit ihnen sympathisierenden Skinheads zusammengeschlagen wurden, jedoch keine Anzeigen bei der Polizei. Einer breiteren Öffentlichkeit wird die Präsenz der FAP in Halstenbek erst bekannt, nachdem vor dem Schützenfest im September 1992 überall Plakate mit folgendem Text auftauchen: »Achtung! Die Gemeindeverwaltung weist darauf hin, daß Ausländer und Asylanten den Schützenplatz nicht betreten dürfen! Der Bürgermeister« Die Ermittlungen des Itze-

SKA... SKA...

SKA KNEIPE

im Bandito Rosso

Jeden letzten Freitag 20 Uhr - Ultimo

Infoladen Bandito Rosso,
Lottumstr. 10a, O- 1054 Berlin

Der Infoladen ist außerdem
Mittwoch und Donnerstag von 17-21 Uhr
und Freitag von 20-ultimo geöffnet.

hoer Staatsschutzes wegen Volksverhetzung und Urkundenfälschung bleiben – wie nicht anders zu erwarten – erfolglos.

Nachdem die Polizei bei einer Razzia Ende September auf dem S-Bahnhof Krupunder rund 40 FAPler und Skins durchsucht und einige Waffen beschlagnahmt, meldet Glenn Goertz für den 7.10.92 eine Mahnwache unter dem Motto »Mehr Toleranz für Andersdenkende« an. AntifaschistInnen aus Pinneberg und anderen Städten in Schleswig-Holstein mobilisieren daraufhin für den gleichen Tag zu einer antifaschistischen Demonstration in Krupunder, an der trotz kurzfristiger Mobilisierung ca. 300 AntifaschistInnen teilnahmen. Die »Mahnwache« der FAP fällt aus.

In den folgenden Wintermonaten verstärkt Glenn Goertz seine Bemühungen, die FAP als legitime Rechtspartei in Halstenbek zu etablieren. Sein Konzept hat offensichtlich Erfolg: Als er Anfang Dezember 1992 mit 25 FAPlern bei einer Bürgerfragestunde des Gemeinderats auftaucht, wird er daraufhin noch vor Weihnachten zusammen mit seinem Bruder André vom parteilosen Bürgermeister Bruno Egge zu einem Gespräch mit dem Bürgervorsteher (CDU) und dem Bürgermeister im Rathaus empfangen. Der Presse gegenüber zeigt sich der Bürgermeister nach dem Gespräch sehr zufrieden. Sein Ziel sei es in erster Linie, daß in Krupunder wieder Ruhe eintrete, und er habe mit Herrn Goertz darüber geredet, daß er seine Leute in den Griff bekommen müsse – so der Bürgermeister. Ansonsten sei es für seine Gemeinde ein schweres Problem, die Asylanten unterzubringen. Auf die Frage, warum die 110 Flüchtlinge in Halstenbek in Containern untergebracht sind, meinte Egge: Man wolle diese schließlich

nicht integrieren, schließlich würden sowieso 90% aller Asylanten abgeschoben, von daher stelle sich die Frage der Integration gar nicht. Auch ansonsten scheint der Bürgermeister das Problem eher in den wachsenden Ansätzen antifaschistischen und antirassistischen Widerstands in Halstenbek und Krupunder zu sehen. Nach seiner Meinung über eine von Halstenbeker SchülerInnen organisierte Mahnwache befragt, an der sich unter dem Motto »Gegen Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt« Mitte Dezember 1992 400 SchülerInnen und BürgerInnen beteiligen, bekennt der Bürgermeister Farbe. Er sehe es überhaupt nicht gern, daß auch Lehrer ihre SchülerInnen dazu angestiftet hätten, an der Mahnwache teilzunehmen, denn schließlich könne ja auch von Lichterketten Gewalt ausgehen. In dieser Logik steht dann auch das Verhalten der Polizei bei den seit Dezember 92 wöchentlich stattfindenden Mahnwachen am S-Bahnhof Krupunder; nachdem FAP-Mitglieder mehrmals versuchten, die Mahnwache zu photographieren und zu stören, verummten sich die anwesenden AntifaschistInnen. Das nahm die Polizei dann zum Anlaß, einzuschreiten.

Die Antifa-Demo, die wöchentlichen Mahnwachen aus dem gewaltfreien Spektrum und der anfangs erwähnte Überfall auf die Bundesgeschäftsstelle von Anfang Dezember haben nach Einschätzung sowohl der Polizei des Ortes als auch der Antifas dazu geführt, daß die FAP sich in Krupunder momentan in der Defensive befindet. Goertz versucht jetzt, sich und die FAP als die eigentlichen Opfer darzustellen. Auf einem Flugblatt, das die FAP nach dem Angriff auf die Bundesgeschäftsstelle in Krupunder verteilte, heißt es: »Die FAP ist Opfer von Gewalt ... Trotz die-

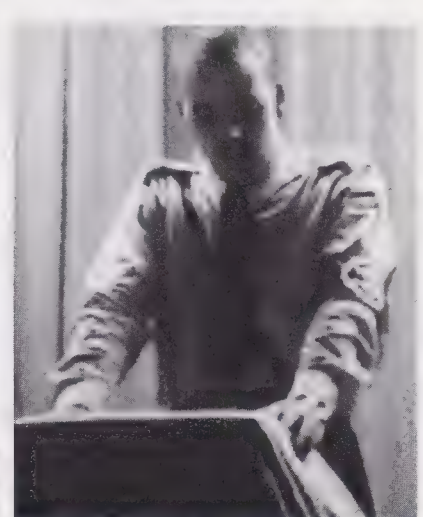
ses Terrors (gemeint sind Aktionen von deutschen und ausländischen Antifas gegen FAP-Mitglieder in Krupunder, d.R.) greifen FAP-Mitglieder und Anhänger nicht zur Gegengewalt. Sie setzen auch weiterhin auf Information und Aufklärung! Weitere Informationen erhalten Sie bei der: FAP Halstenbek, V.i.S.d.P: F. Busse, Kempfener Str. 33, 8 München 71.«

Auch die für den 6. Februar 1993 geplante überregionale Antifa-Demo gegen die FAP-Bundesgeschäftsstelle hat Goertz zu hektischen Gegenaktivitäten veranlaßt. Zum einen tauchte er schon einen Tag nach der Anmeldung der Demo bei der örtlichen Polizeiwache auf, um Personen- und Objektschutz für sich und die Bundesgeschäftsstelle zu fordern. Zum anderen verteilt er ein Schreiben an die Geschäftsleute in Krupunder mit der Aufforderung an sie, beim Ordnungsamt schon im Vorfeld der Demo Beschwerden gegen die Demogenehmigung einzulegen. Offensichtlich sieht Goertz sein politisches Ziel, die FAP in Halstenbek zu etablieren und den reibungslosen Ablauf der Aktivitäten der Bundesgeschäftsstelle (u.a. Koordinierung von FAP-Parteitage wie im April 1992 in Berlin und Versand von FAP-Propagandamaterial) durch die von den Antifas hergestellte Öffentlichkeit gefährdet. Auch die Polizei in Halstenbek scheint durch die Aktivitäten der Antifas aufgeschreckt zu sein – sie hat schon vorsorglich Verstärkung aus dem ganzen Bundesgebiet angefordert. ■

Eine Dokumentation zu den Entwicklungen und Ereignissen in Halstenbek/Pinneberg befindet sich im Antifa-Info Kreis Pinneberg/Bad Segeberg Nr. 4 vom Januar 1992, das z.B. über den Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 2000 Hamburg 36 erhältlich ist.



Ein Teil des 1991 gewählten Berliner FAP-Vorstandes (links)



Lars Burmeister aus Berlin-Prenzlauer Berg ist Vorsitzender der Berliner FAP (rechts)



aus der Fascho-Szene

MANNHEIM

Bundesvorsitzender der NPD verurteilt.

Am 13. November '92 wurde Günther Deckert, Bundesvorsitzender der NPD, vom Landgericht Mannheim nach drei Verhandlungstagen wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und übler Nachrede zu einem Jahr Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Gefängnisstrafe wurde auf vier Jahre zur Bewährung ausgesetzt. In dem Verfahren ging es hauptsächlich um die von Deckert geleitete Veranstaltung mit dem US-Amerikaner Fred Leuchter am 10. November 1991 in Weinheim, auf der u.a. der »Leuchter-Report« vorgestellt wurde, der behauptet, daß in Auschwitz keine Menschen vergast worden sind.

BERLIN

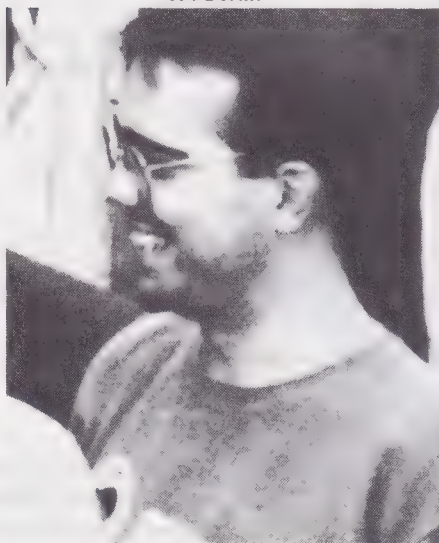
»Denkzettel« wird massiv verteilt

Der »Denkzettel«, die Schülerzeitung der Berliner »Jungen Nationaldemokraten« (JN), wird mittlerweile auch in anderen Gebieten Ostdeutschlands verteilt. Nachdem die Rostocker Gruppe der JN schon zur Schürung des Pogroms in Lichtenhagen beigetragen hatte (siehe INFO 20a), konzentrieren sich die BerlinerInnen auf die Propaganda gegen die Zentrale Sammelstelle für AsylbewerberInnen im Bezirk Hohenschönhausen. Am 20. November wurde nach einer Veranstaltung eine Klebeaktion »Für die Schließung der Ausländerbehörde in Hohenschönhausen« mit Mitgliedern der Berliner NF (heute SrA) durchgeführt. Daß die Nazi-Propaganda in diesem Bezirk bis-

her noch nicht zu Pogromen geführt hat, ist ein Glücksfall: Zwei Wochen nach dem Rostocker Pogrom liefen 150 organisierte Nazis vor dem VietnamesInnenwohnheim in Marschformation auf, begleitet von weiteren 400 Nazi-Skins und -Hooligans, doch die Polizei verhinderte schlimmeres.

Die JN bekennt in der Denkzettel-Ausgabe 4/92, auf dem jährlichen europäischen Faschistentreffen im belgischen Diksmuide gewesen zu sein, wo sich auch die Drahtzieher zahlreicher terroristischer Organisationen treffen. Doch die LeserInnen werden über derartige Hintergründe selbstverständlich in Unwissenheit gehalten. In einem geschickt verdrehenden Artikel, »Links, weil man nicht rechts sein will ...« sollen SchülerInnen angesprochen werden, die etwas gegen die Nazi-Gewalt haben. Man bekennt sich zur Gewaltfreiheit und bedauert den Tod von »Silvio Meier genauso, wie den von Rene Gruber«. Für »Scheinkonflikte, wie dem zwischen »links« und »rechts«, darf zukünftig kein Platz mehr sein. Deshalb: »Jugend

JN-Berlin



voran!« Oder im Klartext: »Heil Dir, du deutsche Volksgemeinschaft« – nur eben netter ausgedrückt.

SENFTENBERG

§129a gegen Nazis?

Die Bundesanwaltschaft ermittelt wegen §129, kriminelle Vereinigung, gegen die I. WERWOLF JAGDEINHEIT SENFTENBERG und prüft sogar, ob ein Ermittlungsverfahren wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung eröffnet werden solle. Da muß schon was passiert sein, wenn die BAW eingreift und Nazis solcher Untaten bezichtigt werden, ohne daß sie einen Unternehmer oder Staatsanwalt umgebracht haben. Gefunden wurden drei Maschinenpistolen, Munition und mehr als 150 Angriffshandgranaten, sowie militärische Ausrüstungsgegenstände, die teilweise in Erddepots gelagert waren. Gegen den 25jährigen Anführer der Gruppe JENS WERNER KLOCKE wurde Haftbefehl wegen Rädelsführerschaft und Mordes erlassen. Zusammen mit den 19jährigen DANIEL L. soll er am 12.12.91 einen 27jährigen Autofahrer ermordet haben. Die Nazis täuschten eine Autopanne vor und ein hilfsbereiter Autofahrer hielt an, um zu helfen. Aus Dank dafür schossen sie ihm in den Oberkörper, zerrten ihn auf den Beifahrersitz und fuhren in ein Waldgelände bei dem Ort Schipkau. Inzwischen hatte sich der 27jährige Familienvater während der Fahrt auf dem Sitz bewegt – Klocke exekutierte ihn vom Rücksitz aus. Danach wurde der Opel Kadett in Brand gesteckt. Insgesamt wurde gegen 10 Beschuldigte Untersuchungshaft angeordnet. Das Vorbild der Mördertruppe ist dasselbe wie das noch legaler Nazi-Horden – die WAFFEN-SS.

Nazi-Aktivitäten im Kreis Königs-Wusterhausen (KW) waren schon des öfteren Thema auch bundesweiter Berichterstattung. Spektakuläres brachte das Nachrichtenmagazin »Spiegel-TV«, als im Sommer '91 eine Kreuzverbrennung des KU KLUX KLAN (KKK) gefilmt wurde. Mittlerweile regt sich der Protest von antifaschistischen Jugendlichen in KW, die, wie an vielen Orten der fünf neuen Bundesländer, dem Terror der Nazis ausgesetzt sind.

Antifaschistischer Widerstand in Königs-Wusterhausen

Fangen wir mit einem Blick auf die Landkarte an: KW liegt 20 Kilometer südöstlich von Berlin, hat ca. 20.000 EinwohnerInnen, die zu einem großen Teil in den üblichen Plattenbausiedlungen wohnen. Im Kreis KW liegt auch die Gemeinde Halbe, die 1990 und 1991 Aufmarschort von bundesweit angereisten Faschisten war. Als MusikerInnen und Leute aus Kreuzberg im benachbarten Zeesen die alte Villa Gustav Gründgens, das »Schloß«, besetzten, machten sie sehr unterschiedliche Erfahrungen mit den neuen Nachbarn. Von Vielen wurden sie freundlich aufgenommen und akzeptiert – von den meist jugendlichen Nazis dagegen wurden sie angegriffen. Für Jugendliche, die sich den Nazi-Terror nicht mehr gefallen lassen wollten, war das »Schloß« der erste Anlaufpunkt, an dem auch Kulturveranstaltungen und Konzerte stattfinden.

In Berliner Antifa-Gruppen begann eine Diskussion, wie etwas gegen die Festigung eines »braunen Gürtels« rings um Berlin unternommen werden könnte. In den Kleinstädten Brandenburgs wurden sofort nach der Wende mit West-Hilfe Nazi-Gruppen aufgebaut. Während die Nazis in Berlin auf starken Widerstand stießen, verlagerten die Berliner Kader ihre Aktivitäten ins Umland. Diese Taktik ist schon aus den 20er- und 30er Jahren bekannt – nach der Einkreisung Berlins begann die NSDAP, die Stadt zu erobern. Die »Kameradschaft« der NATIONALISTISCHEN FRONT (NF) in KW galt als eine der ersten in den neuen Bundesländern. So fuhren einige Berliner Antifas des öfteren nach KW. Wie immer stand am Anfang erstmal das gegenseitige Kennenlernen und das Begreifen, in welcher Situation die Antifas im Kreis



Antifaschistische SchülerInnen-Demo am 3. Februar 1993

KW leben. Ziel war, die Antifas zu unterstützen, um sich miteinander in einer Struktur zu vernetzen.

Begonnen hatte alles mit dem Zeigen von Filmen über Nazi-Organisation, wobei die Erfahrung gemacht worden ist, daß diese Filme teilweise sehr lang und auch erschlagend sein können, weil darin fast nur Nazi-Aktivitäten zu sehen sind. Doch es entwickelten sich einige gute Diskussionen, die eine gemeinsame Grundlage für die Antifa-Aktivitäten gelegt haben. Die BerlinerInnen brachten auch Infomaterial mit und zusammen wurde darüber geredet, was für Ideen und Erfahrungen es gibt und wie die dann auch umgesetzt werden können. Erstes sichtbares Zeichen, daß es unter der Jugend in

KW nicht nur Nazis gibt, waren zahlreiche Aufkleber, die die Eintönigkeit der von der NF beschmierten Bushaltestellen und Trafohäuschen erhellten. Dann gingen die Antifas zusammen mit den UnterstützerInnen zwei mal Nazi-Parolen übermalen und Plakate kleben, die aus Berlin mitgebracht worden waren (Bleiberecht für alle). Wichtig war, gerade dort zu kleben, wo die Nazis wohnen, um ihnen zu zeigen, daß man keine Angst hat und um den anderen Jugendlichen Mut zu machen. Daraufhin entwarf die Antifa-Jugend KW ihr erstes eigenes Plakat und Flugblatt, die selbstverständlich noch intensiver verbreitet worden sind als die aus Berlin exportierten. Nach der ersten Phase von Aktivitäten war dann

PIRATEN

EDELWEISS

Im Herbst 1991 gründete sich eine Bewegung, die mittlerweile bundesweit in über 80 Orten und Regionen vertreten ist: Die »Edelweiß-Piraten«. In der ganzen Republik gab es nach den rassistischen Überfällen in Hoyerswerda Menschen, die nun nicht mehr untätig dasitzen und die politische Entwicklung den Rechten überlassen wollten. Vor allem Jugendliche waren es, die sich dann entschlossen, ein bundesweites Netz von aktiven AntifaschistInnen zu spannen, Erfahrungen und Informationen auszutauschen, sich gegenseitig zu unterstützen und möglichst billig an Material heranzukommen. Daraus entstand die Bewegung EDELWEISS. Der Name leitet sich von einer Jugendbewegung ab, die es in den letzten Jahren des Faschismus gab und die sich vor allem in der Gegnerschaft zum Nazi-Regime auszeichnete. Die damaligen Epis waren keine einheitliche Bewegung und durchaus nicht alle hatten ein politisches Bewußtsein. Dazu aber mehr im nächsten ANTIFA JUGENDINFO (bundesweite Ausgabe) in dem Artikel »Den Mythos knacken«. Wir haben uns den Namen Edelweiß-Piraten gegeben, um deutlich zu machen, daß wir gegen die Faschisten sind, daß wir aktiv was machen und daß wir keiner einheitlichen Ideologie hinterher rennen. Ziel unserer Bewegung ist die gegenseitige Unterstützung in der antifaschistischen Arbeit, im Kampf gegen die Nazis und beim Aufbau eigenständiger Strukturen vor Ort. Wir wollen versuchen, eine antifaschistische Arbeit auf vielen verschiedenen Ebenen zu organisieren: Da gehört Öffentlichkeitsarbeit genauso dazu wie der praktische Selbstschutz, Überzeugungsarbeit gegenüber rechten Jugendlichen, wie Antifa-Konzerte, Demonstrationen, wie Blockaden faschistischer Veranstaltungen. Die EPI's sind eine legale Bewegung, eine politische und eine kulturelle Bewegung. Wir lehnen Gewalt zur Durchsetzung unserer Ideen ab, doch stoßen wir natürlich oft an die Grenzen der Legalität und der Gewaltfreiheit und müssen uns dann fragen, ob und wie wir weitermachen können. Ein effektiver Selbstschutz kann z.B. kaum noch mit

gewaltfreien Mitteln bewerkstelligt werden und wer sich z.B. zum Schutz vor ein Flüchtlingsheim stellt, darf nicht die Illusion haben, völlig ohne Gewaltanwendung auszukommen, wenn es einen faschistischen Angriff gibt. Trotzdem sind dies Ausnahmesituationen, die nicht unseren politischen Alltag bestimmen – zum Glück. Allerdings ist uns auch schon klargeworden, daß wir immer öfter in ähnliche Situationen kommen und dann entscheiden müssen.

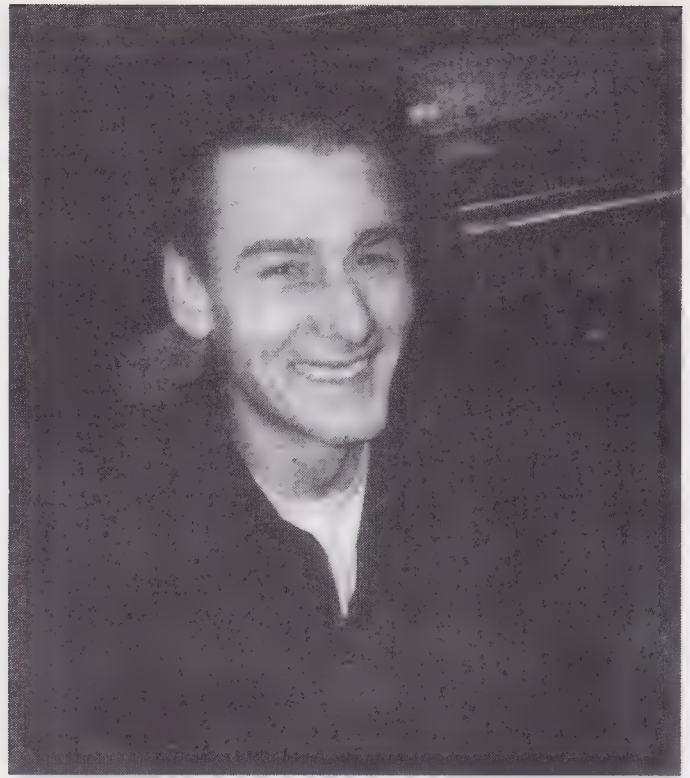
Die EPI's sind heute eine bundesweite Bewegung, aber wir sind keine zentralistische Organisation. Zwar gibt es ein Koordinationsbüro in Berlin, das ist aber kein Vorstand oder ähnliches. Die einzelnen Mitglieder und Gruppen (»Stämme«) der EPI's sind völlig selbständig und unabhängig, es gibt keinerlei Bevormundung durch eine höhere Instanz. Jeder Mensch bzw. jede Gruppe entscheidet über die eigenen Aktivitäten und Schwerpunkte selbst. Man kann sich an überregionalen Aktivitäten beteiligen, muß es aber natürlich nicht. Jeder Stamm entscheidet auch selber, welche Veröffentlichungen er herausgibt. Es gibt bei uns keine Kreis- oder Landesverbände, jede Gruppe muß den eigenen Aktionsradius selber abstecken. Die EPI's sind eine Mitglieder-Bewegung, also einzelne Leute sind Mitglied, auch wenn dahinter meist noch mehrere Menschen oder auch ganze Gruppen stecken. Über diese Mitglieder läuft dann der Kontakt untereinander. Von Berlin aus stellen wir über eine interne Zeitung, Briefe, persönliche Besuche usw. den Kontakt untereinander her. Hier wird das bundesweite Material hergestellt und verschickt, außerdem drucken wir auch für regionale EPI-Stämme Flugblätter, Plakate usw. Bisher gab es noch keine überregionalen gemeinsamen Aktivitäten, was sich aber voraussichtlich dieses Jahr ändern wird. Geplant ist als erstes im Frühjahr eine gemeinsame Aktion mit polnischen AntifaschistInnen an der deutsch-polnischen Grenze. Zweimal im Jahr gibt es ein Bundestreffen, auf dem EPI's aus den verschiedenen Städten und Regionen zusammenkommen. Dort kann man sich kennenlernen, Gespräche führen, Infos austauschen und sich weiterbilden. Beim nächsten Frühjahrs-Treffen werden wir uns drei Tage lang sehen, um mehr Zeit füreinander zu haben. Die Edelweiß-Piraten sind eine Jugendbewegung (das jüngste Mitglied ist 11 Jahre), weil der Altersdurchschnitt bei 14 Jahren liegt. Trotzdem haben auch

Tips und Tricks für Antifas ist eine 50-seitige Broschüre, die praktische Tipps für die antifaschistische Arbeit gibt: Schwerpunktmäßig werden alle möglichen Aktionen sowie der Aufbau einer Antifagruppe behandelt; zu bestellen für 3,- DM plus Porto bei Edelweiß-Piraten, Gneisenastr. 2a

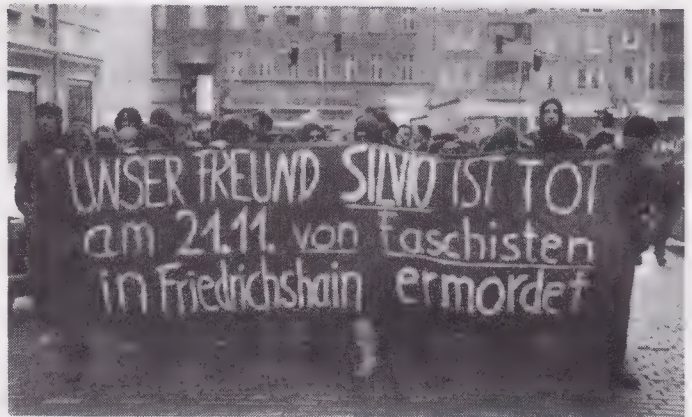


**»Als man
meinen
Freund
ermor-
dete, bin
ich auch
gestorben.**

**Weil ich noch lebe,
lebt Silvio weiter.«**



Wir gehen hier ausführlicher auf den Mord an Silvio ein. Wir wollen ihn damit nicht als »besonderen Mord« darstellen und über die weit mehr als 40 Opfer (davon über 20 im Jahr 1992) faschistischen, rassistischen, sexistischen und antisemitischen Terrors seit der Vereinigung stellen, bloß hatten wir alle und ich besonders einen engeren Bezug zu ihm. Und da ist es meiner Meinung nach verständlich, daß mich Silvios Tod sehr viel mehr betroffen hat, als alle anderen Morde zusammen. Menschlichkeit, das sollte eigentlich eine Stärke von uns sein. Wir können noch so gute und »effektiv arbeitende« Antifa-Strukturen haben, damit werden wir vielleicht hier und da mal ein Nazi-Treffen verhindern oder auch die Öffentlichkeit über faschistische Aktivitäten aufklären können, aber damit werden wir keine Gesellschaft verändern. Dazu müssen wir einfach zeigen, daß wir besser sind und dazu gehört als wichtigstes, daß wir anders miteinander umgehen, Gefühle füreinander haben und auch zeigen und uns gegenseitig unterstützen. Ich kannte Silvio einfach, wußte so ein bißchen, wie er war und kannte nur zu gut die Situation, in der er abgestochen wurde. Er hat das gemacht, was unter anderen wir



immer wieder propagiert haben und werden: Nicht wegsehen, einmischen, eingreifen! Die Politiker fordern das auch, nennen es »Zivilcourage zeigen«, bloß müssen sie damit etwas anderes meinen. Oder wie ist es sonst zu erklären, daß Silvios Freundinnen und Freunde mit einer Menge Falschinformationen und Verunglimpfungen von Seiten der Medien und der Politiker konfrontiert wurden und die Mörder wieder einmal verharmlost werden.

Jemand aus der Redaktion

Einen Tag später wurde der zweite Hauptverdächtige Schwertfeger verhaftet, der mit seinen Aussagen u.a. dazu beitrug, daß der erste seine Lügen widerrufen mußte. Beide bezeichneten sich als Hooligans, Müller als »unpolitischer«, Schwertfeger als »rechter«. Zu dem »unpolitischen Hooligan« können wir uns einige Ausführungen nicht verkneifen. Er hat in seiner Umgebung nie mit seiner faschistischen Gesinnung hinterm Berg gehalten, hatte bekannte Verbindungen zur FAP, hat längere Zeit Kampfsport trainiert und war bei mindestens einem Überfall auf ein besetztes Haus dabei. Er machte sich ziemlich oft einen Spaß daraus, zusammen mit dem zweiten Hauptangeklagten sinnlos Schwächere zu verprügeln. Kurz nachdem sich diese beiden der Polizei gestellt hatten, waren auch die anderen Tatbeteiligten bekannt.

Wir werden Silvio rächen, aber nicht in der von der Presse und den Politikern beschriebenen Art und Weise, daß wir jetzt als prügelnde Horden durch die Straßen ziehen und jeden vermeintlichen oder wahrhaftigen Fa-

schisten ins Krankenhaus oder auf den Friedhof befördern.

Wir werden Silvio rächen, indem wir jetzt erst recht nicht mehr wegschauen, indem wir uns nicht einschüchtern lassen, wie es von den Nazis gewollt ist, indem wir immer wieder jedeN EinzelneN an ihre/seine Mitverantwortung an dem steigenden Rassismus und Faschismus erinnern, indem wir effektive Selbstverteidigungsstrukturen auf- und ausbauen, indem wir unter uns zu einem anderen Umgehen miteinander finden, geprägt von Gleichstellung und gegenseitiger Achtung und indem wir über eine neue Gesellschaft diskutieren, in der wir selbstbestimmt leben



können und Rassismus und Sexismus keinen Platz mehr hat.
IN DEM, WAS WIR TUN,
LEBT SILVIO WEITER.

Erinnerungen eines langjährigen Freundes an den am 20. November von Nazis Ermordeten

Kennengelernt habe ich Silvio 1986 bei einer Geburtstagsparty im Friedrichshain. Mir fiel seine mitreißende Art zu lachen auf. Irgendwann saß ich dann neben ihm und machte Witze, um mich von seiner Heiterkeit anstecken zu lassen. Ich bemerkte dabei, daß er auch über sich selbst lachen konnte, was ihn mir um so sympathischer machte, zumal ich so etwas bei vielen anderen vermisse. (...)

Silvio mußte immer irgendwie »unterwegs« sein und fand dabei schnell Kontakt zu anderen Menschen. Seine Wohnung wurde bald ein Anlaufpunkt für alle möglichen Leute, die dann immer jede Menge Neuigkeiten mitbrachten.

Er kam irgendwann zur seinerzeit in unseren Wohnungen »überwintern« Berliner »Offenen Arbeit«, mit der viele aus der Friedrichshainer Szene in Verbindung standen. Für das Projekt eines Hauses der »Offenen Arbeit«,

einem Ort, wo wir uns mit unserer Art zu leben treffen konnten, außerhalb der staatlich instrumentalisierten Freizeitangebote der Jugendklubs, begann er sich zu engagieren.

Später dann beteiligte er sich maßgeblich an der Organisation unser »Nachtpott«-Abende im Pro-Fi-Keller der Erlöser-Gemeinde und an der Herausgabe des Infoblättchens der Offenen Arbeit, dem »mOAning star«. Unsere Redaktionssitzungen fanden in seiner Wohnung statt. (...)

Wie wir alle half Silvio neuen Leuten bei der Suche nach Wohnung und Arbeit oder bei für uns ganz normalen Geschichten, wie den Wehrdienstverweigerungen. (...)

In dieser Zeit versuchte er auch Konzerte zu organisieren, wie das mit der »Firma« und »Element of Crime« am 17. Oktober 1987 in der Zionskirche, welches durch den Nazi-Überfall zur traurigen Berühmtheit wurde. Seine

ungezwungen Art machte ihn da zu einem Organisationstalent. Auch half er den Köpenicker Punks bei der Vorbereitung ihrer genialen Frühlingsfeste.

Es gab eigentlich kaum eine Aktion in Berlin, bei der Silvio nicht dabei war. So beispielsweise bei der Mahnwache in Zion im November 1987 oder die Demonstrationen gegen den IWF-Gipfel, der im September 1988 in Westberlin stattfand. Vorher veranstalteten wir zwei kleine Seminare in unseren Wohnungen, auf denen uns klar wurde, daß allein schon mit der Beherrschung einiger IWF-Bonzen in Ostberlin die DDR Mitverantwortung für die Ausbeutung der Dritten Welt trägt. Wir sammelten Zwanzig-Pfennig-Münzen, um damit die Telefonleitungen der Interhotels lahmzulegen. Vor dem Pergamonmuseum wurden dann einige der verdutzten IWF-Gipfelteilnehmer mit Kleingeld beworfen. Als sich der Demonstrationzug in Richtung Amerikanische Botschaft bewegte, wurde er

Die beiden Kästen und der nachfolgende Artikel sind in gekürzter Form dem »telegraf« 12/92 entnommen. Unter folgender Adresse könnt ihr ihn bestellen: telegraf; Schliemannstr. 22; D-1058 Berlin.

Unser Freund Thymi ist erschossen worden

Erst einige Wochen ist es her, daß unser Freund Silvio ermordet wurde und daß drei Menschen in den Flammen faschistischer Mordbrenner umkamen.

Da kam die nächste Schreckens-Nachricht: In Leipzig wurde ein Antifaschist von einem wildgewordenen Pistolenhelden aus der Halbwelt erschossen, weil er den Angriff auf ein besetztes Haus mit abwehren wollte. Die Umstände dieses Angriffs machen den Tod von Thymi noch sinnloser: Es handelte sich nicht – wie irrtümlich angenommen – um einen Naziangriff, sondern um eine unpolitische Auseinandersetzung wegen eines geklauten Autos. Für solche unpolitischen, sinnlosen Aktionen nutzten die betreffenden Besetzer das Haus als Ausgangsbasis. Für sowas mußte Thymi nun sterben.

Thymi war aktiver Antifaschist und schon lange dabei. Er war einer der vielen, die im Herbst 89 die DDR-Regierung stürzten und die dann mit ansehen mußten, wie das Land von neuen Herren übernommen wurde. Als im Frühjahr 1990 die Leipziger Rechtsradikalen mit Hilfe aus dem Westen ihren Terror auf die Straße trugen, war Thymi meist mit dabei, sie in monatelangen Kämpfen wieder zurückzudrängen. Innerhalb der »Antifa Jugendfront« und der »Edelweiß-Piraten« arbeitete er mit an einer neuen antifaschistischen Jugendbewegung und dafür, daß den Faschisten auch auf der kulturellen Ebene der Boden entzogen wurde. Thymi war mit dabei, wenn faschistische Angriffe auf Flüchtlinge oder besetzte Häuser abgewehrt werden mußten und auch, wenn dies in anderen Städten nötig war. Zu uns in Berlin hatte er sehr enge Verbindungen.

Es war für ihn selbstverständlich, daß er am 22. Dezember mit losging, als es hieß, die Leopoldstraße wird überfallen. Zu diesem Zeitpunkt konnte er nicht ahnen, was für eine Auseinandersetzung da lief. Es war das letzte Mal, daß er mitging. Er wurde von vier Kugeln als einziger der FreundInnen getroffen und starb kurze Zeit später. ■

Wir trauern
um Thymi
und werden
ihn nicht
vergessen.

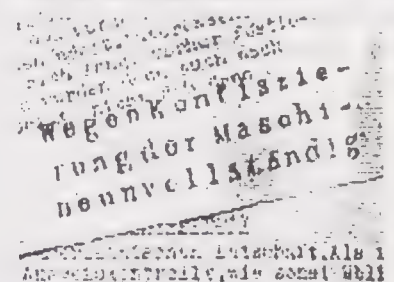
Berliner Freunde
und Freundinnen



Im Herbst 1987, überfiel die STASI in einer Nacht- und Nebelaktion den Keller der Ostberliner Umwelt-Bibliothek in der Zionsgemeinde und konfiszierte Druckmaschinen und einen Teil, der gerade im Druck befindlichen Oppositionszeitung

umweltBlätter

Außerdem wurden vier Mitarbeiter, die gerade mit dem Druck beschäftigt waren, kurzzeitig festgenommen.



Durch die Ereignisse um den 7./8. Okt. 1989, wurde eine Veränderung an Layout und Namen der Zeitschrift notwendig. Von nun an wurden unterdrückte Nachrichten und aufgedeckte Schweinereien unter einem neuen Titel veröffentlicht.

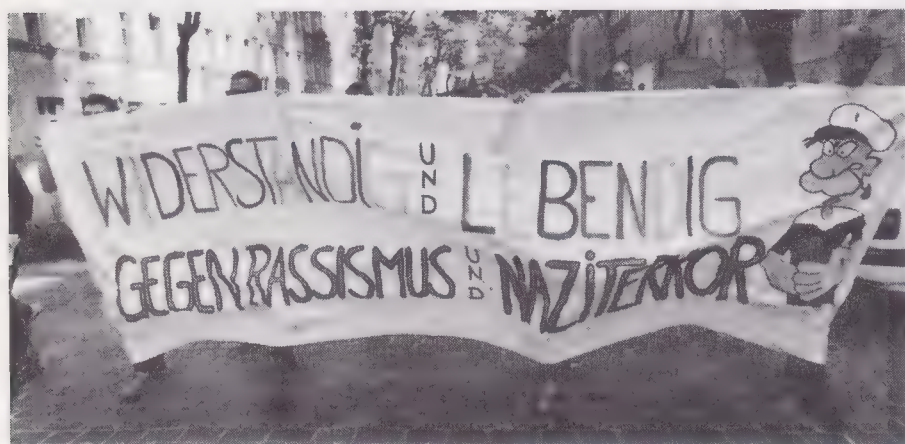
telegraph

Der "telegraph" erscheint monatlich und ist über Infoläden zu beziehen.
Einzelhandelspreis 4,00 DM
Jahresabo 45,00 DM
Halbjahresabo 23,00 DM.
Bestellungen an die
Umwelt-Bibliothek Berlin
Schliemannstr. 22, Berlin O-1058



Wir möchten hier auf Diskussionen über eine Organisation von Antifagruppen eingehen, die seit einiger Zeit die Gemüter erregen und bereits zu harten Kontroversen geführt haben.

Organisierung von Antifagruppen



Am 8. Mai dieses Jahres findet in Göttingen eine Tagung des »Vereins zur Förderung antifaschistischer Kultur« statt. Dort werden Gruppen aus der »Antifaschistischen Aktion - BO« die Möglichkeit haben, der Öffentlichkeit und anderen interessierten Gruppen ihre Vorstellungen zu Organisation und zur AA-BO darzulegen (s. Anzeige S. 54).

Auf dem Gebiet der Ex-DDR gibt es seit einiger Zeit regionale Treffen von Antifagruppen. Weitere Regionaltreffen sind im Aufbau. Zusätzlich gab es bereits erste Treffen, um eine »Reichsbahngebietsweite« Vernetzung aufzubauen.

Eine bundesweite Organisation wird von einigen Antifagruppen aus der Alt-BRD angestrebt. Eine »Antifaschistische Aktion - Bundesweite Organisation« (AA-BO) ist gegründet worden. Bisher sind jedoch kaum Gruppen aus der Ex-DDR daran beteiligt. Dies hat Gründe: So werden die Vorstellungen über eine Organisation, der Diskussionsstil und die Vorgehensweise einiger Gruppen aus der AA-BO von den meisten Ex-DDR Gruppen weitgehend abgelehnt.

Auch das Infoblatt ist seit einiger Zeit an der Diskussion um die AA-BO beteiligt. Angefangen hat diese Diskussion als »Arbeitsgruppe Antifa« innerhalb eines bundesweiten Infoladentreffens. Schnell stellte sich heraus, daß eine bundesweite Antifastruktur

von sehr vielen als notwendig angesehen wurde. Wie und unter welchem Vorzeichen das Ganze entstehen sollte, darüber gab es die unterschiedlichsten Meinungen. Das einzige schriftliche Papier, was zu dieser Zeit vorlag, war das »Papier zur Autonomen Organisation« aus Göttingen, welches wir im Info Nr. 16 abgedruckt haben. An diesem Papier gab es unterschiedliche, teils sehr starke Kritik. Im Laufe der Diskussion sind viele Gruppen ausgestiegen: Da gab und gibt es starke Kritik an dem Diskussionsverhalten einiger Gruppen, einigen noch es zu sehr nach Vereinsmeierei und es bestanden Befürchtungen, daß parteiähnliche, zentralistische Strukturen aufgebaut werden könnten, den anderen war es wiederum nicht »revolutionär« genug. Die AA-BO will sich später dazu selber äußern.

Positiv ist auf alle Fälle der Umstand, daß trotz der ganzen Kontroversen immer noch eine ganze Menge Gruppen miteinander über die weitere Organisation diskutieren. So ist inzwischen ein vorläufiges Grundsatzpa-

pier entstanden, welches die Grundlage einer Zusammenarbeit bilden soll. Einen großen Platz in dieser Diskussion nahm die Frage ein, ob das Symbol und der Name der historischen Antifaschistischen Aktion unverändert übernommen werden soll und kann. Dabei spielten die Bedenken einer möglichen Vereinnahmung von Namen und Symbol durch die Organisation und die vorhandene Kritik an der historischen AA eine Rolle. Weiterhin besteht die Möglichkeit, daß die Organisation dadurch kriminalisiert werden könnte, daß andere Antifagruppen dieses Symbol willkürlich für ihre Aktionen benutzen. Als Ergebnis wurde sich darauf geeinigt, daß der Name mit dem Zusatz »Bundesweite Organisation« und ein anderes Symbol verwendet wird.

Gruppen, die an dieser Diskussion teilnehmen wollen, würden wir auf Anfrage Kontakte zu einer beteiligten Stadt vermitteln, damit sie sich dort persönlich über die genaueren Diskussionsergebnisse informieren können. ■



Der Aufruf von Stoppa Rasismen, Reflex, Searchlight/AFA und Antifa-Infoblatt zur Durchführung eines internationalen Aktionstages am 9.11.92 ist in einer ganzen Reihe von Ländern aufgegriffen worden. Schwerpunkt-mäßig wurde dabei, neben der Situation in den eigenen Ländern, die Situation in Deutschland thematisiert.

Überblick über internationale antifaschistische Aktivitäten zum 9. November

Frankreich: Kundgebung vor der deutschen Botschaft am 8.11. und Veranstaltung zu Faschismus und Rassismus in Europa am 9.11. in Paris.

Großbritannien: Am 8.11. demonstrierten 1000 Menschen in York. Gastredner aus Berlin. In Manchester gab es am 9.11. eine Mahnwache vor dem deutschen Konsulat. Eine Protestresolution wurde dem Konsul überreicht.

Schweden: Stoppa Rasismen führte in Stockholm eine Demonstration durch. 500 Menschen beteiligten sich. Gastredner aus Berlin.

Dänemark: In Kopenhagen organisierte das »Anti-Rassistische Netzwerk« eine Demonstration mit 1500 TeilnehmerInnen.

Norwegen: Hier ist eine Kampagne zum Boykott deutscher Waren angelaufen. Das »9. November Komitee« in Bergen rief für den 9.11. zu einer Solidaritätsdemonstration auf und kündigte an, Geld zur Unterstützung der Antifa Jugendfront in Deutschland zu sammeln. Weitere Aktionen und Kundgebungen fanden in Tromsø (Antirassistische Regenbogen Zentrum), Trondheim (Anti-Nazi-Aktion) und Oslo statt.

USA: Aufgerufen hatte die »Student Coalition against Apartheid«. In Atlanta/Georgia organisierte das »Center for Democratic Renewal« eine Demonstration. In Los Angeles organisierten die »Menschen gegen rassistischen Terror« zur Unterstützung des Aktionstages eine Pressekonferenz und suchten den deutschen Vize-Konsul auf.

Kanada: In Toronto rief das »Kanadische Zentrum gegen Rassismus und Vorurteile« (CCRP) zu einer Kundgebung vor dem deutschen Handelszentrum sowie zu einer Veranstaltung auf. In Montreal beteiligten sich 100 Perso-



Obwohl leider nur 500 Leute auf die Demo in Stockholm gekommen waren, war dort eine sehr gute Stimmung, an der sich »autonome Latschdemos« in der BRD ein Beispiel nehmen sollten.

nen an einer Mahnwache vor dem deutschen Konsulat (Klanbusters); es sprachen VertreterInnen von CCRP und den Romani-Jüdischen Bündnis.

Antifaschistische Solidaritätskundgebung in Washington, DC.

Der folgende Bericht wurde uns von einem Genossen aus Washington zugesandt:

Unter der Losung »Protest Against Racism and Fascism – Stop the Nazi Terror in Germany« demonstrierten am 9. November knapp 200 Menschen vor der deutschen Botschaft in Washington, DC – vermutlich seit vielen Jahren die größte Protestkundgebung an dieser Stelle. Eine siebenköpfige Delegation übergab einen Forderungskatalog an den Botschafter, in dem die deutschen Behörden dafür kritisiert werden, daß sie »die Opfer der Neonazis bestrafen

anstatt sich den Neonazis entgegenzustellen«. Ebenfalls am 9. November übergaben antifaschistische Delegationen in San Francisco, Los Angeles und Toronto (Kanada) Protesterklärungen an die dortigen deutschen Konsulate. (...)

Auf der Kundgebung vor dem Botschaftsgebäude sprachen zwei GewerkschafterInnen, ein Vertreter der reform-jüdischen Union of American ebrew Congregations, ein Washingtoner Anti-Rassismus-Aktivist, ein haitianischer Flüchtlingssprecher, und die Enkelin eines KZ-Überlebenden. Mehrere Grußbotschaften aus Europa ... wurden verlesen. Die Kundgebung wurde mit einer Schweigeminute für die Opfer der Reichspogromnacht und des Holocaust beendet.

Die Tatsache, daß sich der - überaus nervöse - deutsch Botschafter sofort bereit erklärte, die antifaschistische Delegation zu einem einstündigen Ge-

